

28.06.2023

Achtung!
**DEUTSCHE
KOLONIE**
verwaltet durch die Treuhänderanstalt
der Bundesregierung
Die Kallwerker

Arbeit
Arbe
res
Euer Tot

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

**KOLONISIERUNG DES „OSTENS“?
FRIKTIONEN IM DEUTSCH-DEUTSCHEN
TRANSFORMATIONSPROZESS**

ZUR DISKUSSION

Zwischen „Wiedervereinigung“ und „Kolonialisierung der DDR“. Was Fahnenwörter über den Umbruch in Ostdeutschland erzählen – und was nicht 11

Wie über den Osten sprechen?
Von der Kolonisierung zur Ossifizierung 25

Die Rückseite der Modernisierung –
Aspekte der Kolonisierung Ostdeutschlands 33

„Der kleine Bruder geht in den Knast, damit der große Bruder weiter Geschäfte machen kann.“
Im Gespräch mit Dirk Oschmann 39

Die Kolonisierungs-Analogie auf dem Prüfstand.
Im Gespräch mit Katharina Warda und Heiner Schulze 52

EMPFEHLUNG FILM

Doppelt heimatlos? Rewatch: „Bruderland ist abgebrannt“ 68

EMPFEHLUNG LITERATUR

Lektüreschau rund um das Thema deutsch-deutscher Transformationsprozess 71

Liebe Leser*innen,

Als wir vor Monaten die vorliegende LaG-Ausgabe planten, ahnten wir nicht, dass ihr Thema bei Erscheinen Gegenstand einer auch jenseits der Feuilletons geführten emotionalen und intensiven Debatte sein würde. Das Thema ist nicht neu, aber es trifft einen Nerv.

An der Frage, in welchem Verhältnis Ost- und Westdeutschland heute zueinanderstehen, erhitzen sich seit Wochen die Gemüter. Mittlerweile überlagern sich unterschiedliche Debattenstränge – angefangen von der Unsicherheit hinsichtlich der angemessenen Begrifflichkeiten über die Problematisierung der bis heute spürbaren Folgen des Transformationsprozesses bis hin zu Überlegungen, ob eine gesamtdeutsche konstruktive Perspektive zu erreichen sei.

Es ist eine Repräsentationsdebatte, in der zu Recht skandalisiert wird, dass die gesellschaftliche Teilhabe und die Chancen Ostdeutscher immer noch gravierend geringer ausfallen als die Westdeutscher, etwa was Führungspositionen, aber auch Verdienst, Möglichkeiten zum Vermögensaufbau etc. betrifft.

Es ist zugleich eine identitätspolitische Diskussion, die verhandelt, ob es eine spezifisch ostdeutsche Mentalität gibt, die sich allerdings – so zumindest die Wahrnehmung prominenter Debattenteilnehmer*innen – stets erklären müsse, ob sie demokratisch und weltoffen oder nicht doch nationalistisch bis rechtspopulistisch sei. Hier spielen unterschiedliche Formen des Othering eine Rolle: Ist „ostdeutsch“ nicht eine Konstruktion des Anderen (und hier gemeint: Schlechteren, Rückständigen) aus westdeutscher Perspektive, „der Ostdeutsche“ also eine stereotype Konstruktion des Westens?

Einigkeit besteht bislang eigentlich nur darin, dass das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland gesamtdeutsch und nicht als ostdeutsche Partikulardebatte verhandelt werden müsse, auch, indem beide (historischen) Perspektiven integriert werden. Das würde beinhalten, dass die westliche Perspektive dezentriert und so eine gesamtdeutsche Geschichte erzählt wird.

Im vorliegenden Heft versuchen wir, vielstimmig einige Fragen zu diskutieren, die sich aus Perspektive der postkolonialen Theorie an diese Debatte richten lassen: Ist es sinnvoll, im Zusammenhang mit der Transformationszeit von „Kolonisierung“ zu sprechen? Was lässt sich ausgehend von der Kolonisierungs-Analogie über den gesellschaftlichen Zusammenhalt (und seine mögliche Erosion) zwischen Ost und West sagen? Wie verhält sich das seit den 1990er Jahren immer wieder diskutierte Kolonisierungs-Narrativ zur Konjunktur von postkolonialer Theorie in den Geistes- und Kulturwissenschaften?

Vor diesem Hintergrund stellt sich Kathleen Heft die Frage: Wie kann man heute angemessen über den Osten sprechen?

Thomas Ahbe wirft einen differenzierenden Blick auf die im Diskurs wirkmächtigen Fahnenwörter von „Wende“ bis „Kolonisierung“.

Michael Hofmann diskutiert die Frage nach einer möglichen Kolonisierung der DDR als „Rückseite der Modernisierung“.

Und um die Vielschichtigkeit der Debatte abzubilden, sprachen wir einerseits mit Dirk Oschmann über den „Osten als westdeutsche Erfindung“, andererseits am roundtable mit Katharina Warda und Heiner Schulze über die Potenziale und Fallstricke postkolonialer Terminologie und Theorie im Hinblick auf die deutsch-deutsche Transformation.

Zuletzt stellen wir unseren Leser*innen mit einer umfassenden Literaturschau verschiedene Zugänge und Perspektiven auf die zuvor verhandelten Themen vor. Wir freuen uns sehr, dass wir die vorliegende Ausgabe in Kooperation mit dem Berliner Standort des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, dem Zentrum für Antisemitismusforschung, umsetzen konnten und bedanken uns herzlich für die Förderung!

Das nächste LaG-Magazin erscheint voraussichtlich am 30. August und beschäftigt sich mit Umweltbewegungen und -protesten in der DDR im Vergleich zu heute.

Und nun wünschen wir Ihnen eine interessante und im besten Fall perspektiverweiternde Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Vorwort

von Felix Axster, Historiker, und Mathias Berek, Kulturwissenschaftler. Beide arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin sowie am bundesweiten Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Auf dem Cover der vorliegenden LaG-Ausgabe ist ein Foto abgebildet, das heute im Kali-Bergbaumuseum in Bischoferode gezeigt wird. Dort wird unter anderem an den wohl bekanntesten Arbeitskampf der Wende- und Nachwendezeit erinnert: Fast das ganze Jahr 1993 hindurch versuchten die Kali-Werker*innen, die Schließung des Schachts im thüringischen Eichsfeld durch die Treuhandanstalt zu verhindern, einige traten sogar in einen mehrwöchigen Hungerstreik.

Eine ihrer Protestaktionen ist auf dem Foto dokumentiert. Gerhard Jüttemann, Protagonist des Arbeitskampfes und heute Mitbetreiber des Museums, erzählt, wie er und andere am 1. Mai 1993 an die ehemalige innerdeutsche Grenze gefahren seien und als Symbol einer neuen Grenze einen Zaun aufgebaut hätten. An diesem Zaun wurde, wie das Foto zeigt, ein Transparent angebracht, auf dem zu lesen ist: „Achtung! Deutsche Kolonie / verwaltet durch die Treuhandanstalt der Bundesregierung / Die Kaliwerker“.

Die Kali-Werker*innen waren nicht die Ersten, die sich die Kolonisierungs-Analogie zu eigen machten. Diese kam bereits kurz nach dem Mauerfall in Umlauf. Gerade in linken und linksradikalen Milieus, die dem Einigungsprozess kritisch gegenüberstanden, da sie einen neuerlichen Aufstieg Deutschlands zur imperialen Großmacht befürchteten oder weil sie eine Gesellschaft jenseits von real existierendem Sozialismus und kapitalistischer Markt- und Konkurrenzwirtschaft realisieren wollten, war sie weit verbreitet, wenn auch nicht unumstritten.

Zugleich gab es auch Rechte, wie den Wissenschaftler und Autor Arnulf Baring, die angesichts der postsozialistischen Transformation von Kolonisierung sprachen, allerdings in affirmativer Weise. Baring zufolge war eine „Kolonisierungsaufgabe“ zu bewältigen: Er forderte „eine langfristige Rekultivierung, [...] eine neue Ostkolonisation“, um die (vermeintlichen oder tatsächlichen) Verwerfungen des real existierenden Sozialismus, der die Menschen „verzwert“ habe, zu überwinden (Baring 1991: 70 und 59).

Schließlich war auch die Alltagssprache von kolonialen Semantiken geprägt, und zwar jenseits der Zugehörigkeit zu politischen Lagern. Dies veranschaulicht der Anfang der 1990er Jahre durchaus gebräuchliche Begriff der „Buschzulage“, der, in Anlehnung an die um 1900 in die deutschen Kolonien entsandten kaiserlichen Beamten, die Sonderzahlungen für westdeutsche Beamte bezeichnete, die im Rahmen des infrastrukturellen Aufbaus in der ehemaligen DDR tätig waren.

Interessanterweise hat die Kolonisierungs-Analogie seit einigen Jahren wieder Konjunktur. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Grenzen zwischen postkolonialen und postsozialistischen Diskurs- und Debattenräumen durchlässiger geworden sind. Anders in den 1990er Jahren, in denen in Deutschland eine breitere Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte und postkolonialer Theorie überhaupt erst begann und die postsozialistische Kolonisierungs-Analogie gänzlich unabhängig davon Karriere machte.

Von heute aus erstaunt es, dass damals zwischen diesen beiden Strängen kaum Berührungspunkte bestanden. So gehen etwa die beiden Wissenschaftler Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar in der Einleitung ihres 1996 herausgegebenen, gewissermaßen kanonischen Sammelbands „Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses“ nur sehr am Rande auf

die Kolonialvergangenheit des Deutschen Kaiserreichs ein (Dümcke/Vilmar 1996). Das gilt auch für das bereits 1991 erschienene Buch „Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder“ der Journalisten Peter Christ und Ralf Neubauer (Christ/Neubauer 1991).

Doch inzwischen besteht ein reger Austausch zwischen postkolonialer Kritik und Rassismustheorie einerseits und postsozialistischer Transformationsforschung andererseits. Ob es sich um die viel rezipierte Studie „Ost-Migrantische Analogien“ des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) handelt (Foroutan et al. 2019), um den Begriff der „West-Privilegien“ (Goel 2010), um das Konzept der Critical Westness, das an die Analysekategorie Critical Whiteness angelehnt ist (Schulze 2019), oder aber um die Abwandlung von ‚Rassifizierung‘ in ‚Ossifizierung‘ (Heft 2020) – immer wieder werden Analysetools aus der Rassismus- und (Post-)Kolonialismusforschung auf die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen West und Ost bzw. auf die Frage nach west-/ostdeutschen Dominanzverhältnissen übertragen. Und so kann etwa bei der Lektüre von Dirk Oschmanns aktuellem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ das Gefühl aufkommen, dass gerade eine Orientalismus-Debatte 2.0 in Gang ist – das 1978 erschienene Buch „Orientalism“ von Edward Said, in dem argumentiert wird, dass „der Orient“ mit all seinen vermeintlichen Eigenschaften im Zuge kolonialer Wissensproduktion konstruiert und letztlich so erst erschaffen wurde, gilt gemeinhin als einer der Gründungstexte der postkolonialen Kritik (Said 1978).

Die Durchlässigkeit zwischen Transformationsforschung und Rassismuskritik bzw. Postkolonialismus erweist sich unseres Erachtens als durchaus produktiv. Doch zugleich tun sich Schwierigkeiten auf – vor allem bei der Frage, wie angemessen die Übertragungen sind, weil die jeweiligen Dominanz- und Herrschaftsbeziehungen eben doch ihre

Eigenheiten bewahren. Koloniale (oder auch postkoloniale) Herrschaftsbeziehungen verweisen nun einmal stets auch auf Rassismus sowie auf die Kategorie Rasse. Dieser Bezugsrahmen droht im Zuge der Übertragung auf Dominanzverhältnisse zwischen West und Ost verloren zu gehen. Entsprechend wäre zu diskutieren, ob bereits etablierte Begriffe wie Kolonisierung geeignet sind, um Bezugnahmen zwischen antirassistischen und antikolonialen Kämpfen einerseits und gegen postsozialistische Dominanzverhältnisse gerichtete Kämpfe andererseits zu ermöglichen, oder ob es neuer, gegebenenfalls noch zu erschaffender Begriffe bedarf, die Unterschiede gerade nicht einebnen.

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

LITERATUR



Baring, Arnulf: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991.



Christ, Peter/Neubauer, Ralf: Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991.



Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz: Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung, in: dies. (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1996, S. 12–21.



Foroutan, Naika et al.: Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung, Berlin 2019.



Goel, Urmila: Westprivilegien im vereinten Deutschland, in: Telegraph H.120/121, 2010, S. 8–15.



Heft, Kathleen: Kindsmord in den Medien.
Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher
Dominanzverhältnisse, Opladen u.a. 2020.



Said, Edward: Orientalism, London/Henley 1978.



Schulze, Heiner: Critical Westness: Unsichtbare
Normen und (west)deutsche Perspektiven, in:
Ost | Journal H. 5/2019, URL: <https://web.archive.org/web/20220517052916/https://www.ost-journal.de/critical-westness-unsichtbare-normen-und-west-deutsche-perspektiven/> [14.06.2023].

Zwischen „Wiedervereinigung“ und „Kolonialisierung der DDR“. Was Fahnenwörter über den Umbruch in Ostdeutschland erzählen – und was nicht

Thomas Ahbe

Im Jahr 1967 widmete sich die DDR-Propaganda mit großem Aufwand dem „50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihrer weltweiten Ausstrahlung“. Danach machte ein Witz die Runde: „Die ‚Prawda‘ wollte zum Jubiläum der ‚Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‘ auch Beteiligte zu Wort kommen lassen. Sie fand in der sauberen Luft des Kaukasus einen Veteranen und befragte ihn. Der alte Mann strich sich über seinen Bart, blickte über die Gipfel in der Ferne und schilderte, wie er und seine Genossen einst Lenins Worte vernommen, den Schuss der ‚Aurora‘ gehört und schließlich das Winterpalais gestürmt hatten. Er tat das so detailliert, dass die jungen Journalisten ganz begeistert waren, wie ihnen die große Geschichte nun gewissermaßen leibhaftig gegenüberstand. Nachdem sie ihre wertvollen Notizen verstaubt hatten und der Alte sie verabschiedete, fiel ihm noch etwas ein: ‚Sagt mal Genossen, was ich schon immer mal wissen wollte: Was ist eigentlich aus der Schießerei 1917 in Petersburg geworden?‘“ Was der DDR-Volksmund in diesem Witz aufs Korn nahm, war das Auseinanderklaffen zwischen der gültigen Geschichts- und Gesellschaftsdeutung und ihren Fahnenwörtern einerseits und dem Alltag einer politisch vielfach anders eingestellten Bevölkerung samt dem entsprechenden kommunikativen Gedächtnis andererseits.

FAHNENWÖRTER NACH DER FRIEDLICHEN REVOLUTION

Eine solche Diskrepanz gibt es nicht nur in Diktaturen ohne Medienfreiheit und freie Meinungsäußerung. Auch in

liberalen Demokratien stehen sich Begriffe gegenüber, denen bestimmte Geschichtsdeutungen und Wertvorstellungen eingeschrieben sind. Freilich können hier die Diskursakteur*innen gefahrlos, wenn auch mit ungleichen Ressourcen, versuchen, ihre Fahnenwörter in der öffentlichen Arena zu etablieren. Die einen stehen für die hegemonale, eher affirmative Interpretation der Gesellschaft und ihrer Geschichte und werden von bestimmten Teilen der Bevölkerung übernommen. Den konkurrierenden Fahnenworten hängen wiederum andere Bevölkerungsgruppen an, die in eben diesen Leitbegriffen ihre eigene Erfahrungswelt und Wertvorstellungen widergespiegelt sehen. Somit schwenken auch in demokratischen Gesellschaften nicht alle die gleichen Fahnenworte.

»Auch in liberalen Demokratien stehen sich Begriffe gegenüber, denen bestimmte Geschichtsdeutungen und Wertvorstellungen eingeschrieben sind.«

Was hier der Anschaulichkeit wegen als Fahnenwort bezeichnet wird, definiert die Sprachwissenschaft auch als Topos „Die Geltung von Topoi“, so fasst der Soziologe Hubert Knoblauch (2001: 217) zusammen, „bezieht sich also auf einen Personenkreis: auf das Für-wahr-Gehaltene, das Für-wirklich-Gehaltene und damit auf den Wissensbestand, den eine soziale Gruppierung teilt“. Mit ihren impliziten Assoziationen und ihrem Bedeutungsüberschuss erzählen sie (eine) Geschichte, sie zeigen Konflikte an und wie die Rollen von Gut und Böse verteilt sind; sie argumentieren, dramatisieren, moralisieren und mobilisieren.

FRIEDLICHE REVOLUTION UND WENDE

Das gilt auch für eine Vielzahl an Topoi, welche die Friedliche Revolution selbst sowie die Zeit danach bezeichnen: „Wende“, „Mauerfall“, „Wiedervereinigung“, „Anschluss“ und „Kolonialisierung der DDR“. Diese Topoi tauchen in unterschiedlichen Bereichen auf: Derjenige der Friedlichen Revolution wird hauptsächlich im Diskurs der Politik, der politischen Bildung und der Wissenschaft verwendet – weniger in der Alltagssprache.

Die Nutzung des Synonyms Wende, im Alltag ebenso genutzt wie in politischen Reden, bedeutet keine Infragestellung des Umbruchs in seinem Charakter als Friedliche Revolution. Der Historiker Michael Richter (2007: 868) dis-

kutiert das in all seinem Für und Wider, er kommt zu dem Fazit: „Wende‘ ist der Begriff der Bevölkerung für das, was sie 1989/90 selbst realisiert hat. Nach meiner Interpretation war es eine friedliche Revolution“. Hinzu kommt, dass Wende im alltäglichen Sprachgebrauch der Ostdeutschen oft auf die Zeit bis Anfang der 1990er-Jahre ausgedehnt wird. Der Begriff steht dann für die ambivalente Einheit des Freiheitsgewinns mit dem Umstellungsschock, der mit dem Beitritt in ein neues Institutionen- und Wirtschaftssystem zu bewältigen war.

MAUERFALL

Der Topos vom „Mauerfall“ widerspricht den zeitgeschichtlichen Fakten, er ist jedoch unangefochten etabliert. Er wird in Alltag und Politik, von Ost- und Westdeutschen gleichermaßen genutzt. Nahezu jede Person kann noch heute erzählen, wie sie vom „Mauerfall“ erfuhr, und was sie in dem Moment dachte und empfand. In Darstellungen, bei denen es um historische Exaktheit geht, taucht „Mauerfall“ nur als Synonym auf. Hier wird nüchtern von der Öffnung der Grenzübergänge nach West-Berlin und zum Bundesgebiet gesprochen. Denn der Topos vom „Mauerfall“ blendet einige Akteure des Geschehens aus. Zum einen die neue SED-Führung, die mit dem Erlass allgemeiner Reisefreiheit ihre Macht retten wollte, sich mit der berühmten Schabowski-Presskonferenz aber so ver stolperte, dass sich noch in der gleichen Nacht die Menschen vor den Grenzkontrollpunkten sammelten. Zum anderen blendet der Topos die Entscheidungen der dortigen Offiziere aus. Alleingelassen von der zentralen Führung und angesichts der sich vor den Absperrungen stauenden Menschenmasse, entschlossen sie sich gegen ein Massaker und öffneten die Tore. Der Topos „Mauerfall“ hingegen assoziiert nur zwei Subjekte: die Mauer als freiheitsbegrenzendes Bauwerk und die heldenhaften Menschen, die diese „zu Fall brachten“. Er transportiert einen mythischen Überschuss, greift gewissermaßen auf die Mauern und Grenzzäune in dieser Welt aus, auf das Unglück, das sie erzeugen und das Glück des „Mauerfalls“.

WIEDERVEREINIGUNG

Auch der Topos „Wiedervereinigung“ ist etabliert, obwohl er nicht den historischen Fakten entspricht. Er wird in der Sprache der Politik, der Medien, der Schule, der politischen Bildung und häufig in der Wissenschaft genutzt.

Auch in der Alltagssprache ist er präsent, in den alten Bundesländern ungebrochen, im Osten mehrheitlich. Die Verwendung des Topos „Wiedervereinigung“ signalisiert Zustimmung und Zugehörigkeit: Zum Gang der Geschichte und zu denen, die gesiegt haben oder befreit wurden. Wer in den neuen Bundesländern den tief eingeschliffenen Topos vermeidet, gibt damit ein kritisches Statement zur Herstellung der deutschen Einheit oder deren langfristigen Resultaten ab. Stattdessen nutzen die Sprecher*innen dann „Wende“, „Beitritt“ oder – stark diskreditierend – „Anschluss“.

»Auch der Topos 'Wiedervereinigung' ist etabliert, obwohl er nicht den historischen Fakten entspricht.«

Faktisch falsch ist der Topos der Wiedervereinigung, weil die BRD und die DDR nie eine Einheit waren. Sie wurden als politische und wirtschaftliche Antipoden gegründet und bestanden über vierzig Jahre lang als solche. Deswegen konnten sie nicht wiedervereinigt werden; auch die allermeisten Menschen in Ost und West wurden mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht wiedervereinigt. Vielmehr waren sie vorher über mehrere Generationen in zwei Systemen verschieden sozialisiert worden. Der Blick auf die vereinigten Territorien rechtfertigt ebenfalls nicht die Rede von der Wiedervereinigung. Das durch den Beitritt entstandene gemeinsame Terrain, so schreibt der Historiker Andreas Rödder (2009: 366), „umfasste das Gebiet der Bundesrepublik, der DDR und Berlins, nicht die 1945 polnisch beziehungsweise sowjetisch okkupierten Ostgebiete – ein knappes Viertel des 1945 geteilten deutschen Territoriums. Daher ist es zutreffender von der deutschen Wiedervereinigung zu sprechen als von der Wiedervereinigung Deutschlands“. Und schließlich bleibt noch der Blick auf die juristische Ebene: Nicht nur das Grundgesetz, Artikel 23, antizipiert 1949 einen „Beitritt“ neuer Bundesländer zur Bundesrepublik, sondern auch der Einigungsvertrag von 1991 spricht in Artikel 1 von einem „Beitritt“. Folgerichtig wurde der Feiertag am 3. Oktober als „Tag der deutschen Einheit“ benannt und nicht als „Tag der Wiedervereinigung“.

Warum ist dann trotzdem von Wiedervereinigung die Rede? Hier spielen erneut die impliziten Assoziationen, der Bedeutungsüberschuss des Topos eine Rolle. Wiedervereinigung ist das Gegenteil von Entzweiung und assoziiert eine Versöhnung, eine erfüllte Sehnsucht. Zum geflügelten Wort wurde das – so von Willy Brandt freilich nie ausgesprochene – „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ (Rother 2000). Hier wird Vereinigung mit Heilung und Gesundung assoziiert. Wiedervereinigung ist ganz und gar positiv. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, der postnazistischen geschichtspolitischen Räson des „Nie wieder!“, vermag das „Wieder“ in Wiedervereinigung eine neue Saite anzuschlagen, nämlich die des historischen Happy Ends: Deutschland ist von den Besatzungsmächten nun „wieder“ in die Souveränität entlassen und hat zudem eine gelungene und friedliche Revolution vorzuweisen. Schließlich assoziiert das Fahnenwort Wiedervereinigung noch eine weitere Bedeutung: Das Beitrittsgebiet ist „wieder normal“, also wie der Westen, geworden, das sozialistische Experiment beendet.

ANSCHLUSS

Der Topos vom „Anschluss“ gehört schon seit Winter 1989/90 zum Diskurs um die Zukunft der DDR oder die Art der Vereinigung. So präsentierten Befürworter*innen einer gesamtdeutschen Verfassungsdiskussion und eines Vereinigungsprozesses gemäß Artikel 146 des Grundgesetzes immer wieder Transparente mit: „Kein Anschluss unter dieser Nummer: Artikel 23“. Später wurde der Topos ein Instrument, um den Verlauf der deutschen Vereinigung zu diskreditieren: Die 1938 gewaltsam vollzogene Angliederung Österreichs an Deutschland soll durch ihn mit dem Zustandekommen der deutschen Einheit gleichgesetzt werden. Doch 1938 war das angeschlossene Österreich lediglich Objekt von Hitlers erpresserischem Vorgehen, unabhängig davon, dass viele Österreicher*innen das 19 Jahre zuvor in Versailles auferlegte Verbot der Wiedervereinigung mit Deutschland ablehnten. Vor dem angeblichen Anschluss von 1990 war hingegen die DDR-Bevölkerung in der Subjekt-Position: Die Fluchtwelle der DDR-Bevölkerung im Sommer und Herbst 1989 sowie die Massenproteste stürzten letztlich die SED-Diktatur. Und 1990 waren es – freilich unter massiver Einmischung westdeutscher Politiker*in-

nen in den Wahlkampf – wiederum die Ostdeutschen, die bei der Volkskammerwahl von 1990 dem Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“ zur Macht verhalfen, welches den raschen Beitritt zur BRD im Programm hatte. Nach dem Beitritt der DDR wurden Angehörige der SED- und Staatsführung und der Dienstklasse der DDR juristisch verfolgt und aus dem beruflichen und gesellschaftlichen Leben verdrängt. Das jedoch in die Nähe zu den antijüdischen „Anschluss-Pogromen“ von 1938 oder dem sofort beginnenden Terror gegen Sozialdemokraten und Kommunisten zu setzen, ist demagogisch (Bundeszentrale für politische Bildung 2018; Prinz 2015).

KOLONIALISIERUNG DER DDR

Auch der Topos „Kolonialisierung“ hat seinen Ursprung in den Demonstrationen vom Winter 1989/90. Ostdeutsche, die gegen den forcierten Vereinigungskurs von Bundeskanzler Helmut Kohl protestierten, schrieben auf ihre Transparente: „Keine Ko(h)lonialisierung der DDR!“. Der dann folgende Umbruch in den neuen Bundesländern wurde aber auch schon bald in der Wissenschaft, etwa in dem von 1991–1994 an der Freien Universität Berlin laufenden Projektseminar „Kolonialisierung der DDR?“, mit diesem Begriff diskutiert. In der daraus resultierenden Aufsatzsammlung resümieren die beiden Politikwissenschaftler Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar, dass die Einzelstudien über verschiedene Aspekte der ostdeutschen Transformation „grundlegende kolonialistische Strukturelemente“ offenlegten (Dümcke/Vilmar 1995: 14).

»Sie schrieben auf ihre Transparente: 'Keine Ko(h)lonialisierung der DDR!'«

Der Topos von der Kolonialisierung der DDR blendet allerdings aus, dass die Initialzündung für den als Kolonialisierung bezeichneten Prozess von den Ostdeutschen ausging. Es waren die Friedliche Revolution, die Grenzöffnung und das Wahlergebnis der ostdeutschen Volkskammerwahl, die zum Beitritt der DDR führten und eben nicht das Auftauchen von Karavellen und Kanonenbooten der Kolonisatoren vor den friedlichen Gestaden der DDR. Somit ist die Rede von der „Kolonialisierung der DDR“ faktisch falsch. Da dieser Topos aber die Unterwerfung und Aneignung Ostdeutschlands durch westdeutsche Akteur*innen in den historischen Kontext der Kolonialpolitik vom 16. bis zum

20. Jahrhundert stellt, leiht er sich enorme moralische Schlagkraft. Jede und jeder denkt gleich an die stereotypen Bilder aus der Geschichte: Eine militärisch und technisch überlegene Macht landet an fremden Küsten und verschafft sich Zugang ins Landesinnere. Mit oder ohne Kollaboration einheimischer Eliten beutet sie die wirtschaftlichen Ressourcen aus. Bei der Erstbegegnung mit den Einheimischen machen die Kolonisator*innen diese mit begehrten, aber nur geringen Wert repräsentierenden Waren gewogen: einst Glasperlen, 1989/90 Bananen. Im kolonialisierten Land gibt es rassistisch oder nicht rassistisch grundierte Strukturen, die dazu führen, dass lediglich Vertreter*innen aus dem kolonialisierenden Land zu den Eliten im kolonialisierten Land gehören – so wie heute in Ostdeutschland (Schönherr 2022). Viele der lokalen Arbeitskräfte verschwinden in fremde Regionen. Einst mussten sie als Sklav*innen, als Hausmädchen oder Hilfsarbeiter schuften – nach 1990 zogen sie zu aussichtsreichen Ausbildungsmöglichkeiten und gut bezahlten Jobs in die alten Bundesländer (Bangel u.a. 2019). Die Zeichen vor-kolonialer Kultur werden gelöscht: Die heiligen Eichen gefällt, über den heidnischen Tempeln errichtet die Kolonialmacht Kirchen und anstelle des „Palast der Republik“ eine Schloss-Replik der Hohenzollerndynastie, die Humboldt-Forum genannt wird.

Wie an dieser narrativen Kippfigur zu sehen ist, können frühere Kolonialisierungsprozesse mit der Transformation in den neuen Bundesländern verglichen werden. Die Assoziationen, die der Topos „Kolonialisierung“ impliziert, sind für jene Gruppen gut geeignet, die die Verwerfungen des Vereinigungsprozesses anprangern wollen. Weil sie zu jenen Jahrgängen oder Familien gehören, für die die Treuhand zu einem „negativen Gründungsmythos“ des vereinigten Deutschlands geworden ist (Böick 2018: 724). Weil sie zu den Opfern des flächendeckenden Zusammenbruchs und nicht zu den Menschen gehören, die vom punktuellen modernisierenden Aufbau profitierten. Weil sie die anhaltende Ost-West-Differenz bei Löhnen (Böckler Impuls 2021 und 2022), Renten und beim Vermögen spüren (Kollmorgen 2011: 214–319). Weil sie nicht mehr wie die viele der Westdeutschen daran glauben, dass sie mit Fleiß und Opferbereitschaft ein „zweites Wirtschaftswunder“ schaffen können und weil ihr Zutrauen in die Problemlösungskompetenz der repräsentativen Demokratie schwindet (Köpping 2018).

AUSBLICK: POSTKOLONIALE DISKURSE ZUM UMBRUCH IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Seit Mitte der 2010er-Jahre wird über die ostdeutsche Transformation in neuer Weise nachgedacht. Die Wissenschaft erweitert ihre Perspektiven um einen systematischen Vergleich mit den postsozialistischen Transformationen in Osteuropa (Segert 2013; Ther 2016), und indem das Phänomen Transformation über den postsozialistischen Typus hinaus interdisziplinär ausgeleuchtet wird (Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Zudem scheinen die alten Probleme in Ostdeutschland auch immer wieder neu zur Thematisierung zu drängen: die anhaltende materielle und symbolische Schlechterstellung Ostdeutschlands und der Ostdeutschen, ihre Entfremdung von der Demokratie, deren Institutionen und den demokratischen Parteien sowie die vor allem in Ostdeutschland zu beobachtende Unzufriedenheit „mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert“ (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022: 93, 99). Seit Mitte der 2010er-Jahre sind neue Generationen von Journalist*innen in die Positionen gekommen, die neuen Bundesländer aus ostdeutscher Perspektive zu beschreiben (Ahbe 2022: 35–49). Das trifft auch auf eine neue Generation von Wissenschaftler*innen und anderer gesellschaftlicher und politischer Akteurin*innen zu (Kollmorgen 2020: 62–66). Die jungen Ostdeutschen in Medien, Wissenschaft und Gesellschaft stellen damit die Bewertungs- und Normsetzungskompetenz ‚des Westens‘ gegenüber ‚dem Osten‘ – kolonialistisch gesprochen: der unterentwickelten Peripherie – in Frage. Die Historikerinnen Agnès Arp und Élisabeth Goudin-Steinmann stellen fest, dass die aktuelle Debatte um den ostdeutschen Beitritt vom Konzept der postcolonial studies profitiert (Arp/Goudin-Steinmann 2022: 229) Sie orientieren sich daran, wie der Soziologe Stuart Hall den Begriff „postkolonial“ diskutiert: Das „post“ markiert „nicht nur ‚nach‘ dem Kolonialismus, sondern geht ‚über ihn hinaus‘“; es thematisiert auch die anhaltenden „Nachwirkungen“ und „bedeutet mit Sicherheit nicht, dass wir im Macht-Wissen-System in eine macht- und konfliktfreie Zone übergegangen sind“ (Hall 2002: 213f.). Arp und Goudin-Steinmann sehen in den postkolonialen Studien zudem eine Methode: „Ihr theoretischer Beitrag zur Forschung über die DDR und die anderen Ostblockstaaten richtet den Fokus auf das Postulat, dass der Kommunismus nicht allein mit den Analysekathego-

rien der Bundesrepublik und der liberalen Demokratie erfasst werden kann. Stattdessen sind eigene Maßstäbe und Charakteristika heranzuziehen, um unabhängig vom Übergang zur Vereinigung, der auf den Mauerfall folgte, über ihre Geschichte und Soziologie nachzudenken“ (Arp/Goudin-Steinmann 2022: 230). Bezogen auf die Transformation in den neuen Bundesländern werden also die aus den 1990er-Jahren stammenden Konzepte der „nachholenden Modernisierung“, des „Zusammenwachsens von Ost und West“ sowie des Nexus von Demokratie und Wohlstand in Frage gestellt oder aus einer neuen Perspektive betrachtet. Für einen großen Teil der Ostdeutschen liegt der Gewinn des postkolonialen Blicks vor allem auf der moralischen Ebene. Er fokussiert auf die Erfahrung von Verlusten, ungerechter Behandlung und historischen Verantwortlichkeiten.

»So kämpfen gewissermaßen der postkoloniale Diskurs zur Transformation in den neuen Bundesländern und der Diskurs zur glücklich verlaufenden 'Wiedervereinigung' miteinander.«

Freilich sind die Auswirkungen dieses postkolonialistischen Diskurses auch begrenzt. Diskurse sind keine freundlichen Diskussionen, die tausend Blumen blühen lassen, sondern Dispositive der Macht (Foucault 1978: 51). „Diskurse richten sich strategisch gegen andere Diskurse und Wissensfelder“ (Bublitz 2001: 240). So kämpfen gewissermaßen der postkoloniale Diskurs zur Transformation in den neuen Bundesländern und der Diskurs zur glücklich verlaufenden „Wiedervereinigung“ miteinander. Jene Ostdeutschen, die anhaltend durch die negativen Erfahrungen mit dem Umbruch nach 1990 geprägt sind, stellen in der deutschen Bevölkerung eine Minderheit dar, die zudem über geringen Einfluss und wenig Möglichkeiten verfügt, ihre Umbrucherfahrungen zu artikulieren. Die politischen Eliten des Landes sind immer noch zögerlich oder euphemistisch bei der Aufarbeitung der politischen Fehler der letzten 30 Jahre. Die Bevölkerung in den alten Bundesländern wiederum hat nur geringe Anreize, sich mit den ostdeutschen Transformationserfahrungen zu beschäftigen. Und vielleicht möchte sie sich auch – polemisch gesagt – ihren Stolz über den „Sieg ihres richtigen Systems“ und die Zufriedenheit mit der „Wiedervereinigung“ nicht nehmen lassen. Das migrantisch geprägte Fünftel der deutschen Bevölkerung befindet sich in ähnlicher Lage wie die Ostdeutschen (Foroutan et al. 2019), ist aber zudem noch mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert.

Während der Autor diesen Text niederschreibt, beschäftigt sich die Medienwelt der Bundesrepublik schon seit Wochen mit dem Bestseller von Dirk Oschmann „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“. Oschmann schreibt im Vorwort: „Wenn in Deutschland über ‚Westen‘ und ‚Osten‘ nicht grundlegend anders geredet wird, vor allem aber wenn die seit über 30 Jahren bestehenden systematischen Ächtungen und radikalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen des Ostens nicht aufhören, hat dieses Land keine Aussicht auf längerfristige gesellschaftliche Stabilität [...] Dabei liegen die Dinge so klar auf der Hand, dass man sie nur einmal freimütig aussprechen muss. Im Grunde sage ich also nichts Neues“ (Oschmann 2023: 12). Diese Sätze wie das gesamte Buch sind typisch für den postkolonialen Diskurs zur Transformation der neuen Bundesländer. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Buch die Widerstände gegen einen kritischen Blick auf die Transformation – oder auf die Unterwerfung – Ostdeutschlands aufzuweichen vermag, oder ob die Macht- und Mehrheitsverhältnisse das Buch ebenso in den Hintergrund treten lassen, wie etwa auch die 2007 durch Gunnar Hinck vorgelegte Inventur des ostdeutschen Transformationsprozesses.

LITERATUR



Ahbe, Thomas: Ostdeutschland und die Ostdeutschen als Erzählung. Identitätsstiftende Narrative im Widerstreit, Erfurt 2022.



Arp, Agnès/Goudin-Steinmann, Élis: Die DDR nach der DDR. Ostdeutsche Lebenserzählungen, Gießen 2022.



Bangel, Christian/Blickle, Paul/Erdmann, Elena/Faigle, Philip/Loos, Andreas/Stahnke, Julian/Tröger, Julius/Venohr, Sascha: Die Millionen, die gingen. Animierte Grafik, in: Die Zeit, 02.05. 2019, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug> [24.05.2023].

-  Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (Hrsg.): Bericht 2022. Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Berlin 2022, S. 93 und 99, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/bericht-des-ostbeauftragten-2129962> [04.06.2023].
-  Böckler Impuls 2022, animierte Grafik zur Mindestlohnanhebung 2022, URL: <https://www.wsi.de/de/sonderauswertung-43368-mindestlohnanhebung-43374.htm> [24.05.2023].
-  Böckler Impuls 2021, animierte Grafik zu Bruttomonatslöhnen 2021, URL: <https://www.wsi.de/de/arbeitszeiten-entlohnung-im-regionalen-vergleich-29696-bruttoloehne-im-regionalen-vergleich-29710.htm> [24.05.2023].
-  Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990–1994, Bonn 2018.
-  Bublitz, Hannelore: Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1, Theorien und Methoden, Opladen 2001, S. 225–260.
-  Bundeszentrale für politische Bildung 2018: Vor 80 Jahren: Einmarsch der Wehrmacht in Österreich – Wie heute dort an den „Anschluss“ erinnert wird, in: Hintergrund aktuell, 9.3.2018, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/265958/vor-80-jahren-einmarsch-der-wehrmacht-in-oesterreich-wie-heute-dort-an-den-anschluss-erinnert-wird/> [23.05.2023].
-  Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz: Was heißt hier Kolonialisierung? Eine theoretische Vorklärung, in: dies. (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995, S. 12–21.

-  Foucault, Michel: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978.
-  Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara: Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung, in: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, Berlin 2019, URL: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5014.pdf [07.05.2023].
-  Hall, Stuart: Wann gab es „das Postkoloniale“? Denken an der Grenze, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hrsg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/Main 2013, S. 197–223.
-  Hinck, Gunnar: Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt, Berlin 2007.
-  Knoblauch, Hubert: Diskurs, Kommunikation und Wissenssoziologie, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1, Theorien und Methoden, Opladen 2001, S. 207–223.
-  Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015.
-  Kollmorgen, Raj: Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralf (Hrsg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, S. 46–72.
-  Kollmorgen, Raj: Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung, in: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 301–359.

-  Köpping, Petra: „Integriert doch erst mal uns!“. Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018.
-  Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, Stuttgart 1991.
-  Oschmann, Dirk: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023.
-  Prinz, Claudia: Der „Anschluss“ Österreichs 1938, in: LEMO. Lebendiges Museum Online, URL: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/aussenpolitik/anschluss-oesterreich-1938.html> [23.05.2023].
-  Richter, Michael: Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutschland Archiv 40 (2007), H. 5, S. 861–868.
-  Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
Rother, Bernd: Gilt das gesprochene Wort? Wann und wo sagte Willy Brandt „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“?, in: Deutschland Archiv 33 (2000), H. 1, S. 90–93.
-  Schönherr, Michael: Ostdeutsche Eliten: Der Weg ‚nach oben‘ führt über den Westen. Aktuelle Datenerhebung mit der Universität Leipzig, MDR, 8.6.2022, URL: <https://www.mdr.de/themen/dnadesostens/projekt/ostdeutsche-karriere-elite-fuehrung-unternehmen-wirtschaft-justiz-medien-posten-westen-100.html> [28.05.2023].
-  Segert, Dieter: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien 2013.
-  Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent – Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016.

Autor:in



Thomas Ahbe, Dr. phil., studierte Philosophie, und arbeitet als Sozialwissenschaftler und Publizist. In seinen Veröffentlichungen beschäftigt er sich mit der Generationen-Geschichte der DDR und der Neuen Bundesländer, mit der Darstellung der Ostdeutschen in den Medien und mit der Geschichtspolitik von BRD, DDR und vereinigtem Deutschland.

Wie über den Osten sprechen? Von der Kolonisierung zur Ossi- fizierung

Kathleen Heft

DAS KOLONISIERUNGSNARRATIV IN DER KRITIK

Die Rede von der Kolonisierung Ostdeutschlands durch den Westen im Zuge der Deutschen Einheit und Transformation gibt es seit den 1990er Jahren. Als Folge von Kolonisierung verstanden wurden vor allem die bereits damals bestehende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland – etwa geringere Löhne und Renten, das Fehlen von wirtschaftlich starken Unternehmen im Osten sowie die hohen Arbeitslosenzahlen –, die durch die Währungsunion, den Elitentransfer von West nach Ost und die Politiken der Treuhand hergestellt oder verfestigt wurden. Aber auch Erfahrungen von ostdeutscher Unterrepräsentation und westdeutscher Dominanz in Politik, Kultur, Wissenschaft und Medien sowie der Umgang mit der Erinnerung an die DDR wurden und werden als Kolonisierung beschrieben. So identifizierten Dümcke/Vilmar 1995 (13) „[die] Zerstörung einer ‚einheimischen‘ Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen, die soziale Liquidation nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Intelligenz eines Landes sowie die Zerstörung der gewachsenen – wie auch immer problematischen – Identität einer Bevölkerung“ als Anzeichen einer Kolonisierung des Ostens. Für die Autorin Grit Lemke ist es auch im Jahr 2023 noch „die Osterfahrung schlechthin: ein kolonisiertes Gebiet zu sein“ (Lemke 2023: 20).

»Die implizite Gleichsetzung ostdeutscher Marginalisierungserfahrungen im vereinten Deutschland mit den gewaltvollen Praxen des Kolonialismus wurde infrage gestellt.«

Zugleich wurde die Rede von der Kolonisierung des Ostens durch den Westen von Anfang an kritisiert und mit unterschiedlichen Argumenten zurückgewiesen. Insbesondere die implizite Gleichsetzung ostdeutscher Marginalisierungserfahrungen im vereinten Deutschland mit den vielfältigen, gewalt-

vollen Ereignissen und Praxen des europäischen – und deutschen – Kolonialismus seit dem 15. Jahrhundert und seinen anhaltenden Auswirkungen in der Gegenwart wurde infrage gestellt. Sollen wir wirklich die gleichen Begriffe und Konzepte für die Erforschung und gesellschaftliche Aufarbeitung so grundlegend unterschiedlicher Kontexte nutzen? Lassen sich die Verschleppung, Versklavung und Auslöschung ganzer Bevölkerungen oder die Zerstörung und Ersetzung vorhandener Rechts-, Wirtschafts- und Regierungsstrukturen durch koloniale Herrschaftsstrukturen mit den Unterschichtungs- und Marginalisierungserfahrungen von Ostdeutschen vergleichen, die in einem demokratischen Rechtsstaat volle Bürger*innenrechte genießen?

Vor dem Hintergrund, dass der europäische Kolonialismus ein kaum aufgearbeitetes Kapitel der deutschen Geschichte und Gegenwart darstellt, irritiert die Nutzung des Kolonisierungsnarrativs für Verhältnisse im vereinten Deutschland umso mehr. Er wird als Verharmlosung des Kolonialismus kritisiert (vgl. etwa Kowalczyk 2019: 15f.), etwa, da aus postkolonialer Perspektive weiße Ostdeutsche Erben und Nutznießer*innen des Kolonialismus sowie seiner Folgen sind – und gerade nicht seine Opfer.

Die Themen, die mit dem Kolonisierungsnarrativ angesprochen werden sollen – die Herstellung und Aufrechterhaltung von Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland –, verschwinden hinter der berechtigten Kritik an der problematischen Gleichsetzung. Dennoch wird das Kolonisierungsnarrativ immer wieder aufgegriffen. Warum ist das so? Zeigt sich hier die Unbelehrbarkeit mancher ost- (und west-)deutscher Akteur*innen? Haben wir es mit den berüchtigten ‚Jammer-Ossis‘ zu tun, die sich immerfort als Opfer des Westens inszenieren? Oder haben die Ostdeutschen vergessen, dass sie in der letzten Volkskammerwahl 1990 den Weg der Deutschen Einheit gewählt und damit für den Beitritt zur Bundesrepublik, ihrer Demokratie, ihrem Rechtsstaat und ihrem Wirtschaftssystem gestimmt haben?

WIE ÜBER DEN OSTEN (UND WESTEN) SPRECHEN?

Ich denke, dass die fortwährende Nutzung des Kolonisierungsnarrativs auf eine Leerstelle hinweist: Es fehlen adäquate Konzepte und Begriffe, mit denen deutsch-

deutsche Verhältnisse seit der Deutschen Einheit in ihrer Widersprüchlichkeit und Komplexität diskutiert, kritisiert und aufgearbeitet werden können. Stattdessen findet die Auseinandersetzung mit Missständen in Ostdeutschland und Ungleichheiten zwischen Ost und West in wiederkehrenden medialen „Ost-Debatten“ statt, die allzu häufig auf gegenseitige Schuldzuweisungen hinauslaufen. Ein Beispiel dafür ist der Diskurs über den „braunen Osten“, der sich mit (extrem) rechten und rechtspopulistischen Zuständen im Osten Deutschlands beschäftigt (vgl. Heft 2018). Dabei werden (extrem) rechte und rechtspopulistische Ereignisse und Missstände häufig wahlweise als ostdeutscher Defekt und Spätschaden der DDR oder als Import aus dem Westen verhandelt.

Zudem werden der Osten und die Ostdeutschen im medialen Diskurs allzu oft als Problem und Besonderheit dargestellt (vgl. Ahbe 2009; Kollmorgen/Hans 2011; Heft 2020). Ostdeutsche erscheinen hier als befremdliche Andere, die von der DDR und der Transformation der 1990er Jahre geschädigt und auch im Jahr 2023 noch nicht im Deutschland der Gegenwart angekommen sind. Missstände, aber auch Differenzen werden als ostdeutsche Abweichung von der westdeutschen Normalität verstanden und als Folge von Autoritarismus und Diktatur in der DDR gedeutet. Der Westen fungiert dabei als „stille Norm“ (Dietze 2009): Er ist der unhinterfragte Standard, der nicht benannt werden muss und trotzdem Maßstab für das vereinte Deutschland ist. Dieser Vorstellung folgend muss sich der Osten im Sinne einer „nachholenden Modernisierung“ und Demokratisierung an den Westen anpassen.

»Der Westen fungiert dabei als 'stille Norm': Er ist der unhinterfragte Standard.«

Das Kolonisierungsnarrativ nimmt gewissermaßen den Gegenstandspunkt zu dieser Sichtweise ein; es lenkt den Blick auf die Rolle des Westens, seiner Institutionen und Akteur*innen. Damit rücken Ereignisse und Prozesse in den Fokus, die nicht primär in der DDR und ihrem Scheitern begründet sind, sondern die geteilte Geschichte und Gegenwart im vereinten Deutschland einbeziehen. Allerdings kann das Kolonisierungsnarrativ der Komplexität der historischen Ereignisse und aktuellen Verhältnisse nicht gerecht werden, wenn es lediglich den Opferstatus des Ostens betont und sich dafür ein Vokabular zunutze macht, das Kolonialismus relativiert.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, der Deutschen Einheit und Transformation benötigt Begriffe und Konzepte, die den komplexen Realitäten in Geschichte und Gegenwart gerecht werden können und davon Abstand nehmen, vor allem Opfer und Täter zu markieren und die Schuld beim jeweils anderen zu suchen. „Ost-Debatten“ lassen kaum Spielraum für Ambivalenzen und Widersprüche, für Grautöne und die Möglichkeit eines Sowohl-als-auch zu. Ostdeutsch (und westdeutsch) wird in „Ost-Debatten“ meist monolithisch und nicht intersektional gedacht. Das bedeutet, dass unterschiedliche, sich überschneidende Machtverhältnisse nicht berücksichtigt werden, die die Erfahrungen und Perspektiven von Ostdeutschen jeweils prägen. So machen ostdeutsche Pfarrerskinder andere Erfahrungen als Ostdeutsche mit Migrationsgeschichte (vgl. Prennig 2019; Lierke/Massochua/Zimmermann 2020). Ostdeutsche Erfahrungen von gesellschaftlichem Ein- und Ausschluss, von Anders-gemacht-Werden (Othering) und selbstverständlicher Zugehörigkeit, von Macht und Ohnmacht sowie von Demokratie und anhaltender ökonomischer Unterschichtung lassen sich weder mit dem Kolonisierungsnarrativ noch mit dem Verweis auf den langen Schatten der DDR adäquat bearbeiten. Auch die Perspektiven und Erfahrungen von migrantischen Ostdeutschen sowie Ostdeutschen of Color/Schwarzen Ostdeutschen lassen sich nur schlecht mit dem Kolonisierungsnarrativ abbilden.

POSTKOLONIALE THEORIE UND OSSIFIZIERUNG

Statt eine Kolonisierung des Ostens zu behaupten, möchte ich vorschlagen, die deutsche Ost-West-Problematik durch die Brille postkolonialer Theorie zu betrachten. Post- und dekoloniale Theorie wird bereits seit den 2000er Jahren für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Kontext adaptiert (vgl. Cooke 2005; Heft 2020: 247–293). Mit post- und dekolonialer Theorie können Themen durchdacht werden, die auch im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland relevant sind: Wie verhalten sich Zentrum und Peripherie zueinander? Wie werden das Eigene

»Mit post- und dekolonialer Theorie können Themen durchdacht werden, die auch im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland relevant sind.«

und das Andere durch- und miteinander hergestellt? Wie tragen Wissen und Diskurse dazu bei, dass wir den Osten als Anderes des Westens wahrnehmen und umgekehrt? Dabei ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass Ostdeutsche sowohl Marginalisierung erfahren als auch machtvolle, hegemoniale Positionen einnehmen können. Sei es, weil sie Bürger*innen eines mächtigen Staates sind, oder weil sie als weiße Ostdeutsche Geflüchteten, Migrant*innen oder People of Colour/Schwarzen Menschen gegenüber Privilegien beanspruchen oder gar physische Gewalt ausüben. Die Sozialwissenschaftlerin Sandra Matthäus spricht deshalb von einer „Doppelzugehörigkeit“ des Ostens. Sie schlägt vor, den Osten „als Teil ‚des Westens‘ wie ‚des (sozialistischen) Rests‘“ zu verstehen (Matthäus 2019: 131–133; vgl. Heft 2020: 282–285).

Über Ost- und Westdeutschland mit Hilfe postkolonialer Theorie nachzudenken, bedeutet indes nicht, erneut eine Kolonisierung des Ostens auszurufen. Vielmehr geht es darum zu erkennen und sich zunutze zu machen, dass die deutsche Gegenwartsgesellschaft – in Ost und West – Teil einer postkolonialen Welt ist, die sich mithilfe dieser Theorieansätze analysieren und verstehen lässt. Diskursanalytische postkoloniale Theorie zeigt beispielsweise, wie sich westeuropäische Gesellschaften im Kolonialismus in Abgrenzung zum Orient bzw. kolonialen Anderen als Westen erschaffen haben, wie in diesem Zusammenhang Diskurse und Praxen der Grenzziehung und des Othering entstanden sind. Diese sind meines Erachtens auch in aktuellen Kontexten wirksam, die nicht als kolonial gedacht werden (müssen).

Ich habe dafür das Konzept Ossifizierung vorgeschlagen (vgl. Heft 2018; Heft 2020). Ossifizierung greift Impulse aus der post- und dekolonialen Theorie auf, darunter das Orientalismus-Konzept von Edward Said (2003) und die Okzidentalismuskritik von Fernando Coronil (2013). Die Wortneuschöpfung Ossifizierung verweist darauf, dass etwas oder jemand ostdeutsch gemacht wird. Ossifizierung findet statt, wenn Phänomene und Praxen, die die Gesellschaft als Ganze betreffen, als spezifisch oder typisch ostdeutsch verstanden werden. Zweifelsohne gibt es viele historische und gegenwärtige Differenzen zwischen Ost- und Westdeutsch-

»Die Wortneuschöpfung Ossifizierung verweist darauf, dass etwas oder jemand ostdeutsch gemacht wird.«

land, die erkannt und diskutiert werden müssen. Der springende Punkt ist ein anderer: Ossifizierung sieht die Besonderheit im Osten. Sie sucht auch die Ursachen dafür im Osten, während für das gleiche Phänomen im Westen keine gesonderten Erklärungen gesucht werden, die darüber hinaus einen Sonderstatus des Westens behaupten. Es ist also ossifizierend, wenn Besonderheiten im Osten primär auf die DDR oder/und auf die (Transformations)Erfahrungen der Ostdeutschen zurückgeführt und mit diesen erklärt werden, während der Anschein erweckt wird, dass diese Besonderheit im Westen nicht erklärungsbedürftig sei. Ossifizierung verschiebt und externalisiert (gesamt)gesellschaftliche Phänomene in den Osten und markiert sie als vorrangiges oder gar alleiniges Problem des Ostens. Der Westen erscheint hingegen als impliziter Standard, an dem die Abweichung des Ostens sichtbar wird.

Mit dem Konzept Ossifizierung lässt sich über eine Reihe von Themen nachdenken, die auch mit dem Kolonisierungsnarrativ angesprochen werden: Das Anders-gemacht-werden (Othering) des Ostens, seine Marginalisierung sowie seine Unterordnung unter die „stille Norm“ Westdeutschlands, die Rolle westdeutscher Institutionen wie Akteur*innen in der Transformation und in Bezug auf aktuelle Ungleichheiten. Es lehnt sich an Konzepte der post- und dekolonialen Theorie an, ist aber für die Analyse deutsch-deutscher Verhältnisse gedacht und macht dies auch in der Bezeichnung deutlich.

LITERATUR



Ahbe, Thomas: Die Ost-Diskurse als Struktur der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995, in: Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009, S. 59–112.



Cooke, Paul: Representing East Germany since Unification: from Colonization to Nostalgia, Oxford/New York 2005.

 Coronil, Fernando: Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini/Römhild, Regina (Hrsg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2., erweiterte Auflage, Frankfurt/Main und New York 2013, S. 466–505.

 Dietze, Gabriele: Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung in: Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hrsg.): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo)Orientalismus und Geschlecht, Bielefeld 2009, S. 23–54.

 Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995.

 Heft, Kathleen: Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: Feministische Studien, Jg. 36 (2018), H. 2, S. 357–366.

 Heft, Kathleen: Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse, Opladen u.a. 2020.

 Kollmorgen, Raj/Hans, Torsten: Der verlorene Osten. Massenmediale Diskurse über Ostdeutschland und die deutsche Einheit, in: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 107–165.

 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

 Lemke, Grit: Die große Wunde. Warum wir die Zeit nach der Wende kollektiv aufarbeiten müssen. Jana Seppelt im Gespräch mit Grit Lemke, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, H. 1/2023, S. 18–21.

-  Lierke, Lydia/Massochua, Jessica/Zimmermann, Cynthia: Osis of Color. Vom Erzählen (p)ost-migrantischer Geschichten, in: Lierke, Lydia/Perinelli, Massimo (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 451–467.
-  Matthäus, Sandra: ‚Der Osten‘ als Teil ‚des Westens‘ und ‚des Rests‘. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale Postkolonialer Theorien für eine Analyse ‚des Ostens‘, in: *Femina Politica*, Jg. 28 (2019), H. 2, S. 130–135.
-  Prennig, Thomas: *Pfarrerskinder in der DDR. Zwischen Privilegierung und Diskriminierung. Eine habitustheoretische Analyse im Anschluss an Norbert Elias und Pierre Bourdieu*, Bielefeld 2019.
-  Said, Edward W.: *Orientalism*, New York 2003.

Autor:in



Dr. Kathleen Heft ist Kulturwissenschaftlerin, sie forscht zu Ostdeutschland im medial-öffentlichen Diskurs, zu Migration in die DDR sowie zu Ostdeutschen und Migrant*innen und ihren Nachkommen in bundesdeutschen Eliten. Ihre Dissertation „Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse“ erschien 2020. Als Co-Herausgeberin veröffentlichte sie 2022 den Sammelband „Feministische Visionen vor und nach 1989“.

Die Rückseite der Modernisierung – Aspekte der Kolonialisierung Ostdeutschlands

Michael Hofmann

DIE MODERNISIERUNGSTHEORETISCHE DEUTUNG DER POSTSOZIALISTISCHEN TRANSFORMATION

Für die gesellschaftlichen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit wurde in den 1950er und 1960er Jahren die Modernisierungstheorie zum wichtigsten gesellschaftswissenschaftlichen Deutungsmuster. Diese Theorie vermittelt das Bild einer nachholenden Modernisierung, die (demokratisch) rückständige Gesellschaften zu absolvieren hätten, um zu den führenden westlichen Industriestaaten (vornehmlich zu den USA) aufschließen zu können. Zwar geriet die Modernisierungstheorie bereits in den 1970er Jahren stark in die Kritik und die Konvergenztheorie, die davon ausging, dass sich kapitalistische und sozialistische Systeme aufgrund der gleichen ökonomischen und technischen Probleme und Entwicklungen eher angleichen werden, gewann an Einfluss.

Jedoch: Mit den ökonomischen Erfolgen der neoliberalen Politik bei der Bekämpfung der Öl- und Wirtschaftskrisen seit den 1970er Jahren schien sich die Modernisierungsthese wieder bestätigt zu haben. Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung von öffentlichem und staatlichem Eigentum setzten sich in allen westlichen Staaten als Politikgrundsatz durch. Der Westen hatte sich damit (auf Kosten steigender sozialer Ungleichheiten) ein „modernes“ ökonomisches System geschaffen. Kein Wunder also, dass die Modernisierungstheorie auch als Deutungsmuster der gesellschaftlichen Transformation in Osteuropa und der DDR ein grandioses Comeback feierte. Die Vereinigungsgeschichte wurde in den deutschen Sozialwissenschaften fast durchweg modernisierungstheoretisch gedeutet. Der Modernisierungsblickwinkel ist auch im Alltagsverständnis wirkmächtig. Tatsächlich erlebten die Ostdeutschen eine rasche Verbesserung demokratischer Verhältnisse, der Infrastruktur und des Konsumniveaus.

Aber die Modernisierungstheorie ist eine Strukturtheorie. Die Frage, ob eine dergestalt modernisierte Gesellschaft auch eine bessere oder nachhaltigere Gesellschaft ist, lässt sich nicht so leicht beantworten. Das Zukunftsbild der Modernisierung ist die politische Überzeugung, dass westliche Gesellschaften privatwirtschaftlich effizienter seien und sich im Wettbewerb durchsetzen würden. Deshalb bleibt uneffektiveren Volkswirtschaften nichts weiter übrig, als sich dem Vorbild moderner Gesellschaften anzupassen. Dies geschieht vor allem in den ärmeren Regionen dieser Welt. Allerdings vergrößert sich dabei der Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern eher, als dass er schmilzt. Aus diesem Blickwinkel ist es kein Wunder, dass der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands in den letzten Jahren zum Erliegen gekommen ist und sich die Abstände zwischen Ost und West eher verfestigen. Die Hoffnung auf ein „modernisierendes Einholen“ ist auch aus ökologischen Gründen problematisch. Wenn die gesamte Weltbevölkerung so produzieren und leben würde, wie die „Führungsgesellschaft“ USA, dann brauchten wir mehr als fünf Erden, um zu überleben (vgl. Statista 2022). Dass die nachholende Modernisierung auch auf der Macht, dem politischen Druck und der ökonomischen Erpressung der führenden kapitalistischen Staaten gegenüber Schwächeren basiert, spielt in den Analysen zur Modernisierung des Ostens kaum eine Rolle. Die Modernisierungstheorie ist eben keine kritische Theorie, sondern eher ein politisches Strukturkonzept zur Angleichung der Welt an die führenden Nationen des Westens.

Das ist ein Grund dafür, warum die grundsätzliche Kritik des Vereinigungsprozesses als Kolonialisierung erstaunliche Resonanz erfährt. Deutet man die Transformationsgeschichte Ostdeutschlands mit einem Kolonialisierungsansatz, so kommen vor allem die Zerstörungen in den Blick. Der Blickwinkel der Kolonialisierung beleuchtet die Rückseite der Modernisierung.

»Der Blickwinkel der Kolonialisierung beleuchtet die Rückseite der Modernisierung.«

KANN MAN WIRKLICH VON KOLONIALISIERUNG SPRECHEN?

Allerdings ist Vorsicht geboten. Mit „Kolonialisierung“ bezeichnet man die Eroberungen des Westens von der Entde-



Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. © Agenda Verlag

ckung Amerikas 1492 bis zur Unabhängigkeitserklärung der USA 1776 und der Französischen Revolution sowie den Spätkolonialismus des 19. Jahrhunderts. Hier nahmen westliche Kolonisatoren und Kolonisatorinnen auswärtige Territorien in Besitz und unterwarfen, vertrieben oder ermordeten die ansässige Bevölkerung. Davon kann im Vereinigungsprozess natürlich keine Rede sein und es wäre historiografisch fatal, das Vereinigungsgeschehen mit der Kolonialisierung zu gleichzusetzen.

Das Konzept der Kolonialisierung der DDR entstammt im Wesentlichen den Überlegungen

von Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar, die es definierten als „die Unterwerfung der Gesellschaft Ostdeutschlands (die sich durchaus auf einem Weg eigenständiger demokratischer Erneuerung befand) unter die politisch-ökonomische Herrschaft der westdeutschen Republik [...] Die Durchsetzung der Herrschaftsinteressen der konservativen politischen und ökonomischen Eliten der alten Bundesrepublik, d.h. der Wille – koste es was es wolle – die Wahl im März 1990 zu gewinnen, den DDR-Markt zu erobern und die westlichen Systemideologien durchzusetzen, hat die Gestaltung von Alternativen verhindert“ (Dümcke/Vilmar 1995: 7f.).

Die Autoren bezeichnen die Zerstörung der einheimischen Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung vorhandener ökonomischer Ressourcen, die soziale Liquidierung politischer Eliten und der Intelligenz der DDR sowie die Zerstörung einer gewachsenen – wie auch immer problematischen – Identität der Bevölkerung als Kolonialisierung (Dümcke/Vilmar 1995: 13).

Zwar werden in diesem Buch auch die ökonomischen Handlungsweisen westdeutscher Konzerne und der Treuhand beschrieben, aber eigentlich hat der Kolonialisierungsansatz – im Gegensatz zu kritischen Imperialismustheorien, die vor allem auf politökonomischen Analysen basieren, – keine ökonomische Kompetenz. Er geht nicht gesellschaftstheoretisch vor, um die Transformationsverwerfungen zu kritisieren. Dümcke und Vilmar bewerten vor allem politisch. Die eigentliche Stärke ihrer Kolonialisierungsthese liegt eher darin, dass sie Kultur- und Identitätskämpfe im deutschen Vereinigungsprozess erfassen kann. Denn die Kolonialisierung des Ostens habe „für Millionen aktiver Bürger der ehemaligen DDR eine verhängnisvolle Verletzung ihrer Menschenwürde und Identität“ (Dümcke/Vilmar 1995: 106) bedeutet. Betrachtet man die Vereinigung aus diesem Blickwinkel, so stehen nicht vorrangig die materiellen, sondern die kulturellen und diskursiven Dimensionen des Geschehens im Mittelpunkt. Sie lassen erahnen, dass im modernen Europa koloniale Machtverhältnisse kulturell noch nicht überwunden sind. Auch heute noch dominieren westliche Länder und Gesellschaften ökonomisch schwächere Länder und Regionen mit einem Überlegenheitshabitus. Dieser hinterlässt oft große und langfristig wirkende kulturelle Zerstörungen und Kränkungen, die auch mit kluger Infrastrukturpolitik nicht ohne Weiteres ausgeglichen werden können. So gibt das Buch „Kolonialisierung der DDR“ im Jahr 1995 bereits einen Hinweis darauf, dass wir auch in Deutschland in einer postkolonialen Welt leben.

»Auch heute noch dominieren westliche Länder und Gesellschaften ökonomisch schwächere Länder und Regionen mit einem Überlegenheitshabitus.«

ANREGUNGEN AUS DEN POSTCOLONIAL STUDIES

In Bezug auf die deutsche Vereinigung können wir durchaus von einem modernen wissenschaftlichen Kolonialisierungsansatz, von den Postcolonial Studies, profitieren. Die Postcolonial Studies, etwa aus der Feder von Edward Said oder Homi Bhabha, dekonstruieren eurozentristische, rassistische oder paternalistische Leitbilder westlicher Dominanz. Sie ziehen die Vorstellung universaler Gültigkeit westlicher Gesellschaftsanalyse und intellektueller Weltsicht in Zweifel und können auf diese Art langfristig einem Welt- und Wissenschaftsbild dienen,

in dem die Vorstellung von Heterogenität unproblematisch geworden ist. Aus der Vorgehensweise der Postcolonial Studies können wir in Bezug auf den deutschen Vereinigungsprozess vieles lernen, zum Beispiel, dass

- die offizielle, öffentliche, diskursmächtige und auch die wissenschaftliche Deutung, was Ostdeutschland sei, oft mehr mit der Zuweisung der Mächtigen und weniger mit der Beschaffenheit des Objektes zu tun hat,
- sich postkolonialer Überlegenheitshabitus gut an den begrifflichen Konstruktionen wie „Beitrittsgebiet“, „Neubürger“ oder durch die Zuordnung der Herkunft Ostdeutscher aus einem Unrechtsstaat ablesen lässt,
- die Verunglimpfung und Ausgrenzung von Literatur und Kunst der DDR und Ostdeutschlands vor allem auf die Abwertung ostdeutscher Identität zielt.

Wir sehen allerdings auch, dass die interessanten Fragen, die die Postcolonial Studies aufwerfen, bisher die intellektuellen Diskurskreise und kulturpolitischen Eliten leider kaum verlassen konnten. Noch bleibt deren Perspektive eine – wie Edward Said es formulieren würde – westlich intellektuelle Weltsicht, die die dringend notwendige Selbstverständigung über die Werte in den westlichen Mehrheitsgesellschaften noch kaum befördern konnte.

Insgesamt waren die westdeutsche Politik und auch die sozialwissenschaftlichen Forschungen zur postsozialistischen Transformation so gut wie blind für strukturelle Reformchancen des Westens. Die neoliberalen Politikkonzepte verfolgen auch heute einen wenig reflektierten, jetzt auch grün angestrichenen Modernisierungskurs. Aber mit den Postwachstumsdiskussionen und den Postcolonial Studies gibt es in den deutschen Sozialwissenschaften wieder erstarkende kritische sozialwissenschaftliche Stimmen, die helfen können, bevorstehende Transformationsprozesse angemessener zu beschreiben.

»Mit den Postwachstumsdiskussionen und den Postcolonial Studies gibt es in den deutschen Sozialwissenschaften wieder erstarkende kritische sozialwissenschaftliche Stimmen, die helfen können, bevorstehende Transformationsprozesse angemessener zu beschreiben.«

LITERATUR

-  Bhabha, Homi K.: Die Verortung der Kultur, Tübingen 2000.
-  Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995.
-  Geißler, Rainer: Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschehen H. 40/2000, S. 22–29.
-  Statista 2022: Ökologischer Fußabdruck: Anzahl der benötigten Erden, wenn die Weltbevölkerung wie die Bevölkerung der aufgeführten Länder leben würde. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/588224/umfrage/oekologischer-fussabdruck-der-laender-mit-den-hoechsten-werten/> [14.6.2023].
-  Said, Edward: Orientalismus, Frankfurt/Main 2009 [1981].

Autor:in



Prof. Michael Hofmann ist außerplanmäßiger Professor i.R. für Kultursociologie an der TU Dresden. Seine Forschungsfelder sind insbesondere Transformations- und Milieuforschung.

„Der kleine Bruder geht in den Knast, damit der große Bruder weiter Geschäfte machen kann.“ Im Gespräch mit Dirk Oschmann

Gesprächspartner:in



Dirk Oschmann, geboren 1967 in Gotha, seit 2011 Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig. Studium in Jena und Buffalo/USA; Forschungs- und Lehrtätigkeiten in England und in den USA; Bücher zu Siegfried Kracauer, Friedrich Schiller, Franz Kafka und zur Dichtungstheorie des 18. Jahrhunderts.

LaG: Lieber Dirk Oschmann, Ihr jüngstes Buch heißt: „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“. Wie kam es zu diesem Titel?

DIRK OSCHMANN: Ich bin vor zwei Jahren eingeladen worden, einen Vortrag zu halten mit der Vorgabe, als ostdeutscher Professor zu erläutern, warum der Osten die Gesellschaft spaltet. Und ich habe dann beschlossen, auf jeden Fall das Gegenteil zu zeigen. Das war die Keimzelle. Die grundsätzliche Idee des Buches ist es, eine Diskursituation, ein diskursives Feld zu beschreiben, in dem westdeutsche Perspektiven dominant sind in der Art und Weise, wie sie den Osten in den Blick nehmen. Hin zum Titel gab es einen gestuften Prozess, unter anderem publizierte ich im April 2022 einen mit „Wie sich der Westen den Osten erfindet“ überschriebenen Essay in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Für das Buch bedurfte es dann einer nochmaligen Zuspitzung. Es ist interessant festzustellen, dass sich Journalisten immer mal wieder im Titel irren und sagen: „Der Westen: eine ostdeutsche Erfindung.“ Die versprechen sich geradezu spektakulär auf Freud'sche Weise. Aber es ist natürlich Teil dieses Effektes, den der Titel zu produzieren vermag. Und ich nehme im Buch ja selbst

auch mehrere Anläufe zu beschreiben, was eigentlich der Osten sein soll: ein soziales Feld, ein diskursives Feld, eine Himmelsrichtung oder eine althergebrachte Konstruktion aus ganz verschiedenen Zusammenhängen? Die eigentliche Intention ist, zu erläutern, wie sich der Westen den Osten denkt. Und welche sozialen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und ökonomischen Effekte das erzeugt.

»Die eigentliche Intention ist, zu erläutern, wie sich der Westen den Osten denkt.«

LaG: Es gibt schon länger eine Debatte, inwiefern man Ansätze aus der Postkolonialen Theorie auf das Verhältnis von West und Ost übertragen kann. Vor einigen Jahren kam der Begriff der „Critical Westness“ auf; Kathleen Heft spricht von „Ossifizierung“ in Anlehnung an „Rassifizierung“. Obwohl Sie auf ähnliche Themen Bezug nehmen, knüpfen Sie an diese Debatten wenig an. Wie kommt das?

OSCHMANN: Einerseits habe ich kein Sachbuch geschrieben, sondern eine Polemik – ein ganz klar strategisches Buch. Es soll die Summe daraus ziehen, dass sich trotz vieler Publikationen gesellschaftspolitisch, ökonomisch und auch wissenschaftspolitisch überhaupt nichts getan hat. Und daraus habe ich den Schluss gezogen: Es muss anders darüber gesprochen werden. Es muss erstmal über den Wald gesprochen werden, bevor wir über die Bäume reden können. Andererseits hat es damit zu tun, dass ich mich mit diesen Debatten, die Sie ansprechen, zu wenig auskenne. Meine Forschungsschwerpunkte als Literaturwissenschaftler sind ganz anders gelagert. Es ging mir nicht darum, einen Theorieanschluss an diese Perspektiven herzustellen. Zudem scheint es gerade mit Blick auf den Osten auch sehr strittig zu sein, welche Art von Theorie man zugrunde legen kann: postkolonial, intersektional, Moderne-theoretisch oder alles zusammen oder noch anders? Was mir aber interessanterweise begegnet, sind mögliche Analogien. Ich bin von Iren darauf angesprochen worden, dass sie das Problem, das wir seit dreißig Jahren haben in Deutschland, seit dreihundert Jahren haben. Die Iren wüssten alles über die Engländer, aber die Engländer nichts über die Iren. Es sind auch Vergleiche gezogen worden, die sagen, hier passiere eine Form des strukturellen Rassismus. Ich mache mir diesen Begriff nicht zu eigen, weil ich das für sehr, sehr dünnes Eis halte.

LaG: Sie greifen den Begriff „Kolonisierung“ auf, verwenden ihn aber nicht unbedingt systematisch. Wie wichtig ist Ihnen dieser Begriff?

OSCHMANN: Das hat etwas mit der Diskursgeschichte und mit Begriffen wie „Buschzulage“ zu tun. Oder mit Äußerungen wie denen von Mathias Döpfner, der letztens gesagt hat, dass im Grunde das Gebiet der DDR in eine Art Agrarstaat mit einem Einheitslohn verwandelt werden sollte. Auch das ist eine Kolonisierungsfantasie. Und dann gibt es das Buch von Ilko-Sascha Kowalczyk, „Die Übernahme“, wo es auch um eine klare Kolonisierungsrhetorik und -geschichte geht. Ich habe das nicht so stark gemacht, weil man nicht vergessen darf – das ist immer das Problem bei Vergleichen –, was wirkliche Kolonisierung bedeutet hat, wie viel Leid da erzeugt wurde, wie viele Verbrechen begangen worden sind. Das ist ja überhaupt nicht vergleichbar in den Dimensionen. Man könnte dann vielleicht von einer Art – ich weiß nicht, ob das ein Widerspruch in sich selbst ist – „sanften Kolonisierung“ sprechen, wobei „sanft“ viele als inadäquat begreifen könnten. Aber natürlich hat man das Gefühl, wenn einem vor Ort nichts mehr gehört, dass man in einer gewissen Weise tatsächlich kolonisiert worden ist. In Leipzig gehören 90% des Wohneigentums Menschen aus dem Westen. Da finde ich es nicht abwegig, den Vergleich zur Kolonisierung zu ziehen. Aber ich mache ihn selber nicht stark und möchte mich legitimer Weise darauf zurückziehen: Ich habe die Dinge aus meiner Sicht als Literaturwissenschaftler beschrieben. Das heißt, ich habe mit Diskursen, Semantiken und mit historischen (Begriffs-) Entwicklungen zu tun und mich hier bemüht, die daraus resultierenden gesellschaftlichen Effekte zu beschreiben. Ich habe mich aus meiner Verantwortung als Hochschullehrer heraus in den öffentlichen Diskurs begeben und versucht, diesen mit meinen Mitteln und aus meiner (auch subjektiv gefärbten) Perspektive darzustellen. Aber ohne, dass ich im strikten Sinne mit scharfen Begrifflichkeiten arbeiten würde, wie sie vielleicht in anderen Disziplinen eingeführt sind. Vielleicht ist es auch Teil der Irritation, dass ich mich bestimmter Begriffe bediene, die anders besetzt sind. Das finde ich aber bei einem polemischen Langessay nicht problematisch.



Cartoon, abgedruckt 2019 in der Zeit
©BECK/schneeschnee.cc (<https://schneeschnee.cc>)

LaG: Die Kolonisierungsanalogie kann sehr produktiv sein. Eine nachvollziehbare Kritik an ihr besteht jedoch darin, dass sie Gefahr laufe, Rassismus als konstitutiven Bestandteil von Kolonisierung auszublenden.

OSCHMANN: Dazu passt vielleicht: Der Westen hält dem Osten seine Fremdenfeindlichkeit vor. Zu Recht. Aber mein Argument lautet, dass wiederum der Westen seine Fremdenfeindlichkeit gegenüber

dem Osten auslebt. Und nicht nur das: Der Westen hat eine eigene Tradition der Fremdenfeindlichkeit, die ist ja kein Import aus dem Osten. Aber im Umgang des Westens mit dem Osten spielen rassistische Grundierungen eine ganz starke Rolle. Aber vielleicht ist es treffender, hier von „Othering“ zu sprechen, obwohl auch die Analogie des strukturellen Rassismus immer wieder an mich herangetragen wird.

»Der Westen hält dem Osten seine Fremdenfeindlichkeit vor. Zu Recht. Aber mein Argument lautet, dass wiederum der Westen seine Fremdenfeindlichkeit gegenüber dem Osten auslebt.«

LaG: Sie machen bezüglich der Themen Kolonisierung und Rassismus auch Kontinuitäten auf. Der Westen hat kolonisiert – Afrika, Asien, aber auch den Osten, – und dann landen Sie beim antislawischen Rassismus. Zugespielt könnte man aber sagen, dass die Menschen der ehemaligen DDR mitkolonisiert haben und Teil des antislawischen Rassismus waren. Auch sie haben den Vernichtungskrieg im Osten geführt.

OSCHMANN: Stimmt, völlig klar. Natürlich gab es auch in der DDR z.B. jede Menge „Polen-Witze“, um das mal auf den Punkt zu bringen. Auch das ist eine Form des Rassismus. Dass man das sehr viel komplexer darstellen könnte – und auch muss –, wenn es eine historisch korrekte Darstellung sein soll, ist völlig klar. Aber das war eins der Risiken, die ich in Kauf genommen habe. Denn ich habe gespürt:

Sobald sich nur die leiseste Chance ergibt, den Osten mit in die Verantwortung zu nehmen, wird ihm gleich immer die gesamte Verantwortung zugeschoben. Das ist Teil des Problems.

LaG: Sie schreiben, dass kaum eine gesellschaftliche Gruppe nach der Wende so benachteiligt wurde wie ostdeutsche Männer. Und dass westdeutsche Medien gezielt Einzelfallbeispiele herausgreifen würden, um diese Gruppe in eine rechte Ecke zu stellen. Allerdings ist es ein gesicherter Befund der Rechtsextremismusforschung, dass die AfD im Osten massiv von dieser Gruppe unterstützt wird. Wie passt das zusammen?

OSCHMANN: Das ist ja nicht meine Erkenntnis. Ich beziehe mich hier auf den Soziologen Steffen Mau. Und keiner von uns sagt – und auf diesen Unterschied lege ich auch großen Wert –, das sei die am meisten benachteiligte Gruppe, sondern es ist eine der mit am meisten benachteiligten Gruppen. Das ist ein kategorialer semantischer Unterschied. Und ich bin unglaublich angefeindet worden für diese Aussage. Ein Spiegel-Interview hat im Einführungstext, auf den ich keinen Einfluss hatte, zugespitzt, mir ginge es um die Ehrenrettung der ostdeutschen Männer. Was für ein Unfug! Und ganz diffamierend fand ich das Aufmacherbild: Eine Gruppe von ostdeutschen Männern aus dem Jahr 1993 im Blaumann mit Schnauzbart und Vokuhila. Hier wird ein altes Bild genommen, um die Zurückgebliebenheit des Ostens bis heute zu demonstrieren, um zu zeigen, wie hässlich, wie schmutzig, wie defizitär er ist. Man gibt mir die Gelegenheit, meine Position zu vertreten und gleichzeitig setzt man die Diffamierungsmaschine in Gang. Hier werden Bildwelten weitergetragen, wie sie vor 1989 schon entwickelt worden sind, und die kontinuierlich zur Diffamierung des Ostens beitragen, der immer als das Hässliche, als das Zurückgebliebene und das nicht Satisfaktionsfähige dargestellt wird. Es ist aber nicht nur eine Frage der Bildpolitik, sondern des grundsätzlichen Framings.

Und natürlich ist es so, dass eine Fülle an westdeutschen Männern in den Osten gekommen ist, unter anderem, um bestimmte Positionen zu besetzen, meist sogar Führungspositionen. Und natürlich sind viele ostdeutsche Männer arbeitslos geworden, sind in den vorzeitigen Ruhestand

geschickt oder insgesamt depotenziert worden. Und wenn Sie nun sagen, dass große Gruppen der Männer AfD wählen, dann ist das sicher so. Aber es gibt fast kein Interview, in dem das nicht zum Thema gemacht wird. Und es sieht für mich so aus, als dürfe darüber überhaupt nicht gesprochen werden, sondern im öffentlichen Diskurs sind ostdeutsche Männer ein für allemal verurteilt als Nazis. Über sie kann und darf kein neutrales oder gar positives Wort verloren werden, weil ja offenbar klar zu sein scheint, was die sind und wer die sind. Das sind in dieser Verallgemeinerung ebenso unhaltbare wie ungeheuerliche Unterstellungen.

LaG: Eine Unterstellung, alle ostdeutschen Männer wären Nazis, wäre auch eine Beleidigung aller ostdeutschen männlichen Antifaschisten, die sich seit den 1990er Jahren mit der Naziszene auseinandersetzen mussten.

OSCHMANN: Was mir in den letzten Wochen in Auseinandersetzungen über das Buch deutlicher geworden ist, ist, dass die Revolution (ich würde nicht von „Wende“ sprechen, weil der Begriff den tatsächlichen Sachverhalt verdeckt) alles geändert hat: wirtschaftlich, ideologisch, politisch. Revolution besagt auch, der Osten hat sich demokratisch selber ermächtigt und eine Diktatur abgeschafft, aber friedlich. Die 1990er Jahre – die so genannten „Baseballschlägerjahre“ – waren nicht friedlich. Gerade die jüngere Generation hat da eine starke Brutalisierung erlebt. Entweder weil sie Teil davon war, man denke an den NSU, oder weil sie Opfer war. Das allgemeine westliche Narrativ ist, die 1990er Jahre seien das hedonistische Jahrzehnt, im Sinne der Fukuyama-These, die Geschichte sei zu Ende, und wir wollen jetzt alle Demokraten werden, wir wollen alle frei werden und entspannt sein. Aber ich selbst wurde von Nazis in Jena verfolgt, weil ich lange Haare hatte, deswegen habe ich eine Weile die Innenstadt gemieden. Diese Zweigleisigkeit nehme ich jetzt stärker wahr: Einerseits das Gefühl der Freiheit und Befreiung, der Potenzierung von Möglichkeiten, und andererseits gerade unter den Jüngeren eine starke Erfahrung der Brutalisierung der Gesellschaft. Nicht zuletzt offenbar auch, weil die Eltern sich in diesen schwierigen Transformationsjahren vielfach nicht hinreichend um die Kinder kümmern konnten, weil sie neue Arbeit finden und sich insgesamt neu aufstellen mussten. Also im Grunde eine elternlose Generation.

LaG: Betroffene äußern oft die Klage, die Politik, die mit der Währungsunion, der Vereinigung und der Deindustrialisierung stattgefunden habe, wäre vom Westen aufgepfropft gewesen. Was vor dem von Ihnen angesprochenen Hintergrund der demokratischen Selbstermächtigung oft in diesen Erzählungen fehlt, ist die selbstkritische Einsicht, dass die Allianz für Deutschland 1990 von der Mehrheit der Ostdeutschen selbst gewählt war. Gleichzeitig lässt sich eine grundsätzliche Ablehnung westdeutscher sozialer Praxen und Kulturen konstatieren, die sich darauf beruft, sich einer Art kulturellen Fremdherrschaft unterworfen zu fühlen. Und das führt dazu, dass man ein Ressentiment ausbildet, das teilweise mit Rassismus verbunden ist. Allerdings: Nur weil man sich einer kulturellen Fremdherrschaft unterworfen fühlt, muss es ja nicht gleich dazu führen, selber auch ausgrenzende Methoden des Otherings oder des Rassismus zu nutzen. Wie bringen Sie das zusammen?

OSCHMANN: Das ist eine sehr umfängliche Frage, auf die es keine leichte Antwort gibt. Zunächst will ich darauf hinweisen, dass keineswegs alle Ostdeutschen der Vereinigung zugestimmt und auf keinen Fall gewählt haben, dass man 33 Jahre später immer noch nicht angemessen an dieser Demokratie mitwirken kann. Das ist das eigentliche Skandalon: Dass der Osten nur in ganz minimalen Teilen wirklich gesellschaftlich beteiligt ist, nur minimal mitgestalten kann, mit den eigenen Energien, Kräften, Perspektiven und Ideen. Das Zweite ist: Natürlich hat der Osten mehrfach schon vorher Deindustrialisierung erlebt, unter anderem im Zuge der Reparationen an Russland nach 1945; laut Wikipedia hat der Osten dadurch pro Kopf das 130fache an Reparationen gezahlt. Aber Ihre eigentliche Frage ist ja, warum schlägt diese Erfahrung in Rassismus um? Wenn ich das historisch richtig sehe, ist das kein singuläres Reaktionsmuster, dass man eine starke Abgrenzung auslebt, wenn man sich in einer Situation der Fremdbestimmung und des Machtverlusts glaubt. Und es hat sicher auch was damit zu tun, dass der Osten diese rechten und nationalistischen Tendenzen zu DDR-Zeiten ganz klar unter der Decke gehalten hat, obwohl es stets einen bestimmten Anteil stramm Rechter im Osten

»Das ist das eigentliche Skandalon: Dass der Osten nur in ganz minimalen Teilen wirklich gesellschaftlich beteiligt ist, nur minimal mitgestalten kann, mit den eigenen Energien, Kräften, Perspektiven und Ideen.«

wie Westen gab und gibt. Und dann kommen im Osten noch die dazu, die frustriert sind über die Entwicklungen der letzten Jahre, was dann zu so starken Wahlergebnissen für die AfD führt. Steffen Mau spricht auch von den „frustriert-zufriedenen“ Menschen, denen es materiell oftmals ganz gut geht, die aber trotzdem unzufrieden sind mit der gefühlten Gesamtsituation. Ich würde sagen, das hat was mit der Art des Redens als othering zu tun, damit, wie der Osten im öffentlichen Raum vorkommt und natürlich auch mit dem Bewusstsein dafür, weniger Lebenschancen zu haben, was ja de facto so ist. Ein weiterer Faktor könnte sein, dass die Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang die Erfahrung verhindert haben, Zuwanderung als Bereicherung zu begreifen; und womöglich handelt es sich auch um generationell weitergegebene Ängstlichkeiten und Vorurteile. Erklären heißt hier aber natürlich nicht rechtfertigen. Jedenfalls habe ich noch keine gute Antwort auf Ihre Frage, warum es zu diesem Rassismus kommt oder zu dem, was man als rassistische Gegenbewegung beschreiben muss. Es könnte ein Aspekt sein, dass vielleicht die Erfahrung der Fremdbestimmung durch den Westen dann in Rassismus gegen Menschen mit Migrationsgeschichte umschlägt. Aber eine Antwort auf diese Situation muss unbedingt eine gesamtgesellschaftliche sein, nicht allein eine Hausaufgabe für den Osten, denn auch im Westen gibt es Rassismus, teilweise bis in die Spitzen der Gesellschaft hinein, wie die Beispiele Clemens Tönnies oder Günther Oettinger belegen. Der Westen schaut aber generell lieber kritisch auf die Nachsitzer im Osten.

»Aber eine Antwort auf diese Situation muss unbedingt eine gesamtgesellschaftliche sein, nicht allein eine Hausaufgabe für den Osten.«

LaG: Die mediale Debatte, die Ihr Buch ausgelöst hat, ist erstaunlich. Wie nehmen Sie diese Debatte wahr und bestätigen deren Verlauf Ihre These über eine Diskurshoheit des Westens?

OSCHMANN: Bezüglich der zweiten Frage bin ich nicht so sicher. Und das hängt damit zusammen, dass sich ja selbst in den großen Westmedien vor allem Leute, die aus dem Osten kommen, zu Wort melden. Das galt für die großen Rezensionen und für Radiosendungen. Das heißt, der Westen ist im Grunde noch gar nicht bereit, sich an der Debatte zu beteiligen, weil er den Eindruck hat, es ginge ihn gar nichts an. Der Westen ignoriert das oder hält das für einen



Plakat im Rahmen des „geschichts-codes“-Plakat-Wettbewerbs der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 2006/02/0412 © Florian Wilshaus / Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

zu haben. Vielleicht hängt es aber auch damit zusammen, dass sie ganz anders mit ihrer Ostherkunft umgehen als die Älteren, dass sie überhaupt kein Problem damit haben, sie im Gegenteil offensiv wenden, dass sie vielleicht so eine Art stärkeres Ostbewusstsein haben, weil sie das für ziel führend halten. Dieses neue Bewusstsein der Jüngeren ist m.E. freilich ein diskursiv produzierter gesellschaftlicher Effekt davon, dass lange so negativ über den Osten geredet worden ist, so dass dem eine positive Selbstzuschreibung entgegengesetzt wurde. Doch ich frage mich: Ist die Selbstzuschreibung mächtiger als die Fremdzuschreibung, die über Jahrzehnte den Diskurs bestimmt hat?

»Ist die Selbstzuschreibung mächtiger als die Fremdzuschreibung, die über Jahrzehnte den Diskurs bestimmt hat?«

innerostdeutschen Diskurs. Und natürlich muss sich der Westen nicht für den Osten interessieren. Die Schwierigkeit besteht nur darin, dass er immer schon zu wissen glaubt, was der Osten ist und dass er glaubt, entsprechend über den Osten reden zu können.

Die überraschendste Erfahrung ist für mich, wie scharf die Kritik aus dem Osten an meinem Buch ist. Sie kommt fast ausschließlich von Jüngeren, die in den 1980ern und frühen 1990ern geboren sind. Warum das so ist, habe ich mir bisher nur in Ansätzen klarmachen können. Vielleicht fühlen sie sich an etwas erinnert, wovon sie glaubten, es hinter sich gelassen

LaG: Hat sich Ihrer Meinung nach der Diskurs über Ostdeutschland in den letzten Jahren gewandelt, ist er vielstimmiger geworden?

OSCHMANN: Insgesamt zeigen die Reaktionen auf mein Buch, dass es ein Bewusstsein bei mehr Menschen für das Thema gibt. Und trotzdem hatte ich zunächst das Gefühl, dass es eine rein inner-ostdeutsche Debatte ist. Das ist Teil des Problems, dass wir keinen gesamtdeutschen Diskurs haben. Was das Gesamtdeutsche angeht, würde ich hier und da kleine Signale sehen, dass es im Moment so etwas wie eine neue Aufmerksamkeit gibt. Es gab letztes beispielsweise eine Sendung bei Markus Lanz zum Klimawandel. Ein Experte äußerte, Deutschland sei in Sachen Klima gut aufgestellt, auch deshalb, weil 1990 im Osten die Industrie zusammengebrochen wäre und dadurch Klimaemissionen wegfielen. Markus Lanz hat da interveniert, dass das zwar gut fürs Klima gewesen sei, aber nicht für die Menschen, die dadurch ihre Arbeit verloren haben, deren Familien und Zusammenhänge auseinandergebrochen sind. Ein weiteres Beispiel war eine Doppelsendung des Deutschlandfunks über Rechtsextremismus in Chemnitz und Dortmund und über die Verbindungen der rechtsextremen Akteure. Es ist ganz wichtig, dass wir Probleme gesamtdeutsch verhandeln und sukzessive ein gesamtdeutscher Diskurs in Gang kommt.

Für mich entscheidend ist die Vielstimmigkeit des Ostens, die in Reaktion auf mein Buch für mich sichtbar geworden ist. Sie hilft dem Osten vielleicht auch, im Dialog mit dem Westen darauf beharren zu können: Wir sind viele und wir haben viele verschiedene Stimmen und Perspektiven. Wir sind nicht einfach „der Osten“. Das ist Teil des Problems, dass der Osten als monolithischer Block dargestellt und nicht differenziert über ihn geredet wird. Aber der Osten begegnet sich jetzt in Reaktion auf das Buch, zu dem man sich offenbar nicht neutral verhalten kann, in seiner Heterogenität und muss das auch zulassen.

LaG: Sie sprechen an, dass man sich zu Ihrem Buch nicht neutral verhalten kann. Und tatsächlich ist die Debatte sehr emotional und aufgeheizt, obwohl das Thema, das Sie adressieren, nicht neu ist. Haben Sie dafür Erklärungen?

OSCHMANN: Sie haben recht, es ist ein alter Hut. Das sage ich auch zweimal im Buch. Aber gerade dann muss man mir mal erklären, warum es die Debatte und eine so ungeheure Resonanz gibt. Das Buch ist in der zehnten Auflage, es gibt internationale Presseanfragen, Artikel und Interviews. Offenbar ist die Kombination des bekannten Alten neu; dass ich bestimmte Dinge, die bisher nicht in Korrelation gesehen worden sind, verbinde. Zum Beispiel, dass ich beschreibe, dass es 20% Unterschied in der Demokratiezustimmung gibt, worüber sich der Westen aufregt. Aber er regt sich nicht darüber auf, dass der Osten 20% weniger verdient. Aber die Demokratiefrage und die soziale Frage sind aus meiner Sicht nicht voneinander zu entkoppeln. Und natürlich ist der Ton des Buchs entscheidend, die Schärfe und gezielte Undifferenziertheit, die – das würde ich in Anspruch nehmen – eine differenziertere Debatte in Gang gesetzt haben. Mir ist sehr wichtig, dass man die strategische Form des Buches anerkennt. Es ist keine historische Darstellung und kein Sachbuch. Man kann sogar sagen: Es ist ein völlig unsachliches Buch. Als Literaturwissenschaftler bestehe ich aber darauf, die Polemik als Form ernst zu nehmen.

LaG: Dass haben Sie ja auch andernorts dezidiert betont, dass die Polemik bewusst gewählt, der Stil Methode ist. Wenn Sie keinen polemischen Essay geschrieben hätten: Welche Differenzierungen wären Ihnen dann wichtig gewesen?

OSCHMANN: Das ist so eine grundsätzliche Frage, dass ich sie in der Kürze der Zeit nicht beantworten kann. Einerseits ist der Ton, der auch als Tonstörung zu begreifen ist, gewählt. Andererseits war er unvermeidlich, weil ich existenziell verwickelt bin. Es war mir in gewisser Weise nicht anders möglich, dieses Thema zu bearbeiten, weil ich es für falsch gehalten hätte. Und im Übrigen wäre ein differenzierteres Buch nach einem Tag vergessen gewesen. Das Buch hat seine Schwächen. Eine besteht sicher darin, dass der Eindruck erweckt wird, der Osten würde kom-

plett aus der Verantwortung genommen. Das kann man so lesen, aber hätte ich das nicht so gemacht, gäbe es die Debatte nicht, sondern dann wäre das übliche Muster gewesen: „Der Osten ist selber schuld.“ Und damit entledigt man sich des Problems und auch der Notwendigkeit, politisch, wirtschaftlich und diskursiv umzusteuern. Denn das Problem wird sich nicht einfach „verwachsen“.

LaG: Sie zielen auf eine Veränderung des Diskurses. Was möchten Sie mit Ihrer Intervention idealerweise erreichen?

OSCHMANN: Man sollte illusionslos bleiben, was die Wirkmächtigkeit des eigenen Schreibens angeht. Aber natürlich wäre es wichtig, dass sich der Diskurs dauerhaft ändert, dass differenzierter und genauer über den Osten gesprochen wird, dass er in dieser Heterogenität wahrgenommen wird, dass nicht einfach gesagt wird: Das ist „Osten“, sondern dass gesagt wird: Das ist Sachsen, Brandenburg, Thüringen oder Sachsen-Anhalt. Genau wie dem Westen zugestanden wird, dass Bayern nicht dasselbe ist wie das Saarland. Außerdem muss der Osten viel stärker in der geschichtlichen Prozessualität wahrgenommen werden. Wir müssen insgesamt verstehen, dass wir in den Nachwirkungen des ‚Dritten Reichs‘ leben. Die Spaltung ist ein Effekt des ‚Dritten Reichs‘ und deshalb gibt es eine gesamtdeutsche Verantwortung dafür. Stattdessen beharrt der Westen darauf, dass er so viele Transferleistungen im Osten erbracht hat. Das stimmt. Aber der Osten ist vorher unter anderem für den Westen vierzig Jahre in den Knast des Sowjetimperiums gegangen. Das funktioniert wie bei der Mafia: Der kleine Bruder geht in den Knast, damit der große Bruder weiter Geschäfte machen kann. Und in einem spezifischen Sinne ist Deutschland deshalb auch nicht vom Faschismus befreit, weder im Osten noch im Westen. Weil wir nach wie vor an den Folgen dieses ‚Dritten Reichs‘ zu tragen haben und der Osten das in jeder Hinsicht sehr viel mehr ausbadet als der Westen. Und zusätzlich muss politisch und wirtschaftlich umgesteuert werden, nicht nur diskursiv, weil sich sonst weder die Benachteiligungsstrukturen noch die Bewusstseinslagen ändern.

»Und in einem spezifischen Sinne ist Deutschland deshalb auch nicht vom Faschismus befreit, weder im Osten noch im Westen.«

In der aktuellen Debatte werden oft typische identitätspolitische Fragen gestellt: Dürfen Westdeutsche überhaupt darüber sprechen? Da habe ich eine ganz klare Position: In der Demokratie müssen alle mit allen über alles sprechen. Das halte ich für zentral, dass wir gemeinsam versuchen, diese Asymmetrie zwischen Ost und West und auch innerhalb des Diskurses sukzessive abzubauen. Sonst wird die Demokratie an den Rand ihres Zusammenhalts geführt. Nächstes Jahr sind Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Man möchte sich nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn die AfD da über 30% abräumt. Das ist eine Bedrohungslage ersten Ranges für die Demokratie. Und deshalb muss man Wege suchen, wie man da gemeinsam rausfindet.

LaG: Dirk Oschmann, wir bedanken uns herzlich für das Gespräch!

Die Kolonisierungs-Analogie auf dem Prüfstand.

Im Gespräch mit Katharina Warda und Heiner Schulze

Das Gespräch mit Katharina Warda und Heiner Schulze wurde im Mai und Juni 2023 per Email geführt und durch die LaG-Redaktion moderiert.

Gesprächspartner:innen



Katharina Warda ist Soziologin und Autorin mit den thematischen Schwerpunkten Ostdeutschland, Rassismus, Klassismus und Punk.

Heiner Schulze, geboren und aufgewachsen in Erfurt, hat Sozialwissenschaften studiert und arbeitet an der Berliner Hochschule für Technik. Er interessiert sich für Themen sozialer Ungleichheit, inklusiver Gesellschaft und Erinnerungskulturen. Letzteres vor allem mit einem Fokus auf queere Geschichte(n), Ostdeutschland sowie HIV/Aids.

LaG: Heiner Schulze, vor einigen Jahren haben Sie in einem Beitrag für das Ost|Journal den Begriff der „Critical Westness“ geprägt, der an das im Rahmen rassismuskritischer und postkolonialer Theoriebildung entstandene Konzept der „Critical Whiteness“ angelehnt ist. Könnten Sie kurz darlegen, wie es zu dieser Begriffsbildung gekommen und was damit gemeint ist? Und könnten Sie auch skizzieren, was Sie heute, mit einigem Abstand, über Ihre damalige Intervention und die dadurch ausgelöste Debatte denken?

HEINER SCHULZE: Der Begriff Critical Westness ist ursprünglich aus einer Nebenbemerkung entstanden. Er hat mich aber nicht mehr losgelassen, da sich im Begriff gedanklich zwei Sachen für mich verbanden: Erstens, Gespräche und Beobachtungen über sehr West-zentrierte Berichterstattung und Geschichtsschreibung; ich war nicht die

erste Person, die darauf hinwies. Zweitens, normkritische Ansätze der letzten Jahre und Jahrzehnte. Neben Critical Whiteness und der Kritik an der „Norm“ weißer Perspektiven wird auch aus queerer Perspektive schon seit langer Zeit die „Hetero-Normativität“ der Gesellschaft kritisiert, also wie nicht-heterosexuelle Erfahrungen und Begehren weitgehend ausgeblendet werden, sowie aus feministischer Perspektive der Androzentrismus, also Männer im Prinzip als unhinterfragter Standard.

Gemeint war mit dem Begriff, wie West-Deutschland im gesellschaftlichen Diskurs und in der Geschichtsschreibung weitgehend unhinterfragt als das „Normale“, als der automatische Standard, gesetzt wird. Ostdeutschland hingegen, sowohl die DDR als auch danach, und die Erfahrungen der Menschen dort, tauchen kaum auf, bzw. wenn sie auftauchen, dann oftmals nur auf eine sehr eingeschränkte Art und Weise unter Ausblendung der realen Komplexität auch des Lebens im Osten. Auch Personen aus dem Osten finden bis heute tendenziell noch weniger Gehör, auch wenn sich das in den letzten Jahren verbessert hat. Wenn sie dann noch nicht-weiß, nicht-heterosexuell, nicht-männlich sind, wenn sie behindert sind, dann sind sie noch unsichtbarer.

Im Grunde ging es mir darum, Leute anzuregen, sich darüber Gedanken zu machen, welche Erfahrungen und welche Geschichte sie gerade als „normal“ voraussetzen, und welche sie unbewusst oder bewusst ausblenden. Hier eben mit dem Fokus auf Ost-West.

Rückblickend finde ich vor allem die Reaktionen spannend. Mein Beitrag war keine streng durch-theoretisierte Intervention. Gefühlt konnten daran dann wesentlich besser ostdeutsch sozialisierte Personen andocken, die mir berichteten, über meinen Vorschlag einen Begriff für ein unbestimmtes Gefühl und Unbehagen zu finden, was sie schon lange hatten. Das wühlt dann teilweise auch ziemlich starke Emotionen auf. Westdeutsch sozialisierte Personen begegneten mir hingegen teilweise ablehnend, teilweise interessiert bis ratlos. Da heißt es dann eher: „Und was heißt das jetzt für mich?“

In der Rückschau freue ich mich, dass es bei ein paar Menschen zumindest ein Nachdenken und zum Teil auch Erzählen ausgelöst, vielleicht auch eine gewisse Sensibilität gefördert hat. Was ich mir rückblickend aber wünsche, ist noch einmal stärker auch die Komplexität der Erfahrungen zu betonen: Es gibt nicht „den Osten“ und „den Westen“. Wenn ich sage, dass eine westdeutsche Perspektive dominiert, ist die meist sehr weiß und hetero. Aber es gibt auch migrantisch-westdeutsche Perspektiven, queere Perspektiven etc. Gleichzeitig würde ich auch darauf drängen, Ambivalenzen noch stärker zu benennen: Als weißer Ostdeutscher profitiere ich immer noch vom Weißsein, muss nicht fürchten aufgrund meiner ostdeutschen Herkunft von Nazis verprügelt zu werden, werde als „deutsch“ noch anerkannt. Als queere Person hingegen sehe ich mich kaum widergespiegelt, und die Grundannahme ist prinzipiell heterosexuell. In Steffen Maus „Lütten Klein“ beispielsweise, das aus sozialwissenschaftlicher Sicht einen großen Überblick über Gesellschaft und Transformation in Ostdeutschland gibt, finden auf hunderten Seiten queere Personen in meiner Erinnerung nur einmal in einer Fußnote Platz. Letztlich würde ich mir wünschen, dass wir mehr dazu kommen, auch wirklich von west- und ostdeutschen Perspektiven und Erfahrungen zu reden – im Plural.

»Ich würde darauf drängen, Ambivalenzen noch stärker zu benennen: Als weißer Ostdeutscher profitiere ich immer noch vom Weißsein.«

LaG: Katharina Warda, auch Sie haben vor einigen Jahren einen viel beachteten Text mit dem Titel „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“ publiziert. Darin berichten Sie von mehrschichtigen Abwertungserfahrungen: Einerseits von rassistischen Abwertungserfahrungen, die Sie als Schwarzes Mädchen und als junge Schwarze Frau in Wernigerode in Sachsen-Anhalt gemacht haben. Andererseits von der Erfahrung, als Ostdeutsche nach der Wende abgewertet worden zu sein; schließlich von der Erfahrung des sozialen Abstiegs als Folge der Wende bzw. des Statusverlustes und der Arbeitslosigkeit Ihrer Eltern, wobei auch die Abwertungsformel ‚asozial‘ eine Rolle gespielt hat. Können Sie kurz darlegen, was es mit dem Begriff „Dunkeldeutschland“ auf sich hat, wo er herkommt und wie Sie ihn verwenden? Und können Sie einordnen, wie sich Ihre Auseinandersetzung mit Dunkeldeutschland zum Begriff der „Critical Westness“ verhält, den Heiner Schulze umrissen hat?

KATHARINA WARDA: Wie wahrscheinlich viele Ostdeutsche bin ich mit dem Begriff „Dunkeldeutschland“ aufgewachsen. „Dunkeldeutschland“ war bereits ein Wort für die DDR, das angeblich auf die des nachts spärlich beleuchteten und Leuchtreklame-freien Straßen anspielte. In der Wendezeit erlebte der Begriff einen Höhepunkt, bezeichnete die Tristesse des Ostens und schnell auch die rechte Gewalt. In den frühen 1990er Jahren war der Begriff omnipräsent, höchst despektierlich gegenüber dem Osten und seinen Bewohner*innen und wirkte platzzuweisend. Damit meine ich, dass in dem Begriff ein Dominanzverhältnis steckt, welches zugespitzt sagt: „Der Osten ist moralisch, kulturell und ökonomisch „dem Westen“ unterlegen. Auf narrativer Ebene steckt darin eine Perspektive des Gewinners des Kalten Krieges, der ein Urteil über den Verlierer des Kalten Krieges fällt. Ostdeutschland ist das andere Deutschland, das schlechtere. 1994 wurde „Dunkeldeutschland“ nominiert als Kandidat für das Unwort des Jahres neben anderen Schmähwörtern gegenüber dem Osten. 2015 erfuhr der Begriff eine kurze Renaissance in einer Rede von Joachim Gauck, der die rechte und rassistische Gewalt der Angriffe auf eine Asylunterkunft in Heidenau „Dunkeldeutschland“ zuordnete.

»Wie wahrscheinlich viele Ostdeutsche bin ich mit dem Begriff 'Dunkeldeutschland' aufgewachsen.«

Und spätestens da wird die Ambivalenz und Tücke des Begriffs sichtbar. Natürlich ist das Wort despektierlich, verkürzend und reiht sich in eine Tradition an Abwertungen gegenüber dem Osten ein. Gleichzeitig sind viele Aspekte, die darin betont werden, real. Zur Zeit des Mauerfalls war die DDR pleite und der Osten Anfang der 1990er Jahre ökonomisch rückständig im deutsch-deutschen Vergleich. Auch die enorme rechte und rassistische Gewalt im Osten der 1990er Jahre und ihre Kontinuitäten bis heute sind absolut real und müssen benannt werden. Bloß tut das der Begriff nicht.

In meinem Essay „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“ identifiziere ich „Dunkeldeutschland“ als eine Erzählung, die die Realitäten im Osten nicht beschreibt, sondern verschleiert. „Dunkeldeutschland“ ist eine Blackbox, in die alle schlechten Eigenschaften kommen, die das „normale“ Deutschland nicht haben will. Aber

wie man im Fall von Rassismus und rechter Gewalt sieht, löst das gar nichts. Lange habe ich in Deutschland den öffentlichen Tenor wahrgenommen: „Wir haben kein Problem mit Rassismus in Deutschland, aber wir haben Rassisten und die leben im Osten.“ Aus eigener Erfahrung kann ich nur bestätigen: Die gibt es auch. Aber eben nicht nur die und nicht nur im Osten. Rassismus wird durch Erzählungen wie „Dunkeldeutschland“ in ein imaginäres Anderes geschoben und damit nicht gelöst, sondern verdrängt. Im Osten funktioniert das ähnlich. Hier empfindet man diese Erzählung zurecht als Ossi-Bashing, belässt es aber dabei, ohne die tatsächlich präsente rechte Gewalt im Osten zu thematisieren und Lösungen zu finden. Die Leidtragenden sind am Ende die Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt, und zwar in Ost und West.

»Die Leidtragenden sind am Ende die Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt, und zwar in Ost und West.«

„Critical Westness“ beschreibt zurecht diese Dominanzperspektive und auch das Othering. Als ich den Begriff zum ersten Mal gehört habe, musste ich schmunzeln. Gleichzeitig finde ich ihn auch problematisch und verwende ihn selbst nicht. Es gibt in der Auseinandersetzung mit dem Osten auch innerhalb Ostdeutschlands dominante Erzählungen, in denen eine sehr einseitige und ebenfalls ausgrenzende Opfererzählung immer wieder im Zentrum steht. Darin gibt es ähnlich, wie Heiner Schulze es beschrieben hat, eben „den Osten“, der von „dem Westen“ ausgebeutet wurde. Und darin haben „alle Ostdeutschen“ ein kollektives Trauma erlebt. Diejenigen, die das am lautesten schreien, sind interessanterweise aber oft Menschen mit viel Privileg (weiß, männlich, hetero, nicht-behindert etc.) und mit Aufstiegsbiografien. Minderheitenerzählungen von ostdeutschen BPoCs (Black and People of Colour) und/oder Queers und/oder ostdeutsche Abstiegs geschichten und Klassismus-Betroffene tauchen darin nicht auf. Das halte ich für keinen Zufall. Nur mit Hilfe dieser Ausgrenzungen lässt sich diese kollektive Opfererzählung privilegierter Menschen aufrechterhalten.

Gleichzeitig bedienen sich diese Opfererzählungen häufig der Begriffe und Konzepte anderer sozialer Kämpfe. Mal tweetet Franziska Giffey, sie habe eine „ostdeutsche Migrationsgeschichte“, mal sucht eine Studie vom DeZIM nach migrantisch-ostdeutschen Analogien und verkauft beide

Gruppen als zwei konträre, die aber der gleichen Diskriminierung ausgesetzt seien. Gerade ist Dirk Oschmanns Buch gefeierter Bestseller, in dem er behauptet, die am stärksten diskriminierte Gruppe in Deutschland seien ostdeutsche Männer. Und natürlich sind diese ganz automatisch wieder weiß, hetero, nicht-behindert.

Eine Zeitlang war es unter Ostdeutschen beliebt zu behaupten, sie würden rassistisch diskriminiert werden – also „aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft“. Gerade ist der Diskurs stark, alle Ostdeutschen seien von Klassismus betroffen, weil angeblich „alle“ arbeitslos wurden nach der Wende und „alle“ sozial abstiegen. Wissenschaftlich ist das haltlos; und politisch mehr als problematisch. Was all das verbindet, ist eine Aneignung sozialer Kämpfe bei einer gleichzeitigen Entsolidarisierung und Ausgrenzung nicht-dominanter ostdeutscher Erfahrungen. „Critical Westness“ reiht sich, so wie ich Heiner Schulze verstanden habe, nicht in diese sehr weiße, privilegierte und ausgrenzende Opfererzählung ein, sondern macht vielmehr auf das reale Dominanzverhältnis zwischen West und Ost aufmerksam. Es bedient sich aber auch einer Rhetorik anderer sozialer Kämpfe, wovon ich langsam genug habe. Wir müssen in ein Sprechen über den Osten kommen, was der Ambivalenz der ostdeutschen Geschichte und der Vielfalt der ostdeutschen Erfahrungen gerecht wird. Was es meiner Meinung nach braucht, ist ein selbstkritischer Austausch unter Ostdeutschen, in dem Täter- und Opfererfahrungen gleichermaßen reflektiert werden.

LaG: Heiner Schulze, möchten Sie auf Katharina Wardas Kritik am Begriff der „Critical Westness“ eingehen?

SCHULZE: Es gibt hier zwei Möglichkeiten zu antworten. Zuerst die kurze Antwort: Ich kann die Kritik von Katharina Warda nachvollziehen und teile sie sowie auch ihre Schlussfolgerungen.

Die lange Antwort: Ich finde Katharina Warda benennt hier einige wichtige Punkte. Die Zentrierung auf eine sehr einseitige, oft ausgrenzende Opfererzählung finde ich auch sehr problematisch. Eine einseitige Verwendung des Begriffes „Critical Westness“ kann sicher auch in diese Kerbe schlagen, das ist aber nicht meine Intention, und in Gesprächen versuche ich dieser Deutung auch einen Riegel

vorzuschieben. Letztlich geht es, wie Katharina Warda es beschrieben hat, um das Aufzeigen von Dominanzverhältnissen und Othering. Eine Homogenisierung oder gar Essentialisierung wäre verkehrt und wird zudem noch viel zu häufig politisch instrumentalisiert und missbraucht. Es ist wichtig, gerade auch Ambivalenzen deutlich zu machen. Menschen können privilegiert sein und gleichzeitig in bestimmten Dominanzverhältnissen weniger gut dastehen. Vielen fällt es aber schwer, derartige Ambivalenzen anzuerkennen und auszuhalten. Gerade deshalb erscheint mir eine multiperspektivische Erinnerungskultur auch sehr wichtig. Es gibt nicht die ostdeutsche oder westdeutsche Erfahrung, und schon gar nicht ist sie immer weiß, männlich, traumatisiert...

»Es geht um das Aufzeigen von Dominanzverhältnissen und Othering.«

Gleichzeitig verstehe ich auch die Ermüdung bezüglich der Verwendung von Begrifflichkeiten anderer sozialer Kämpfe. Hier bin ich ein wenig aufgeschmissen – das Feld ist mittlerweile breitgetreten genug, dass es mittlerweile schwer möglich ist, Begrifflichkeiten zu nutzen, die nicht irgendwie auch schon anders genutzt wurden und dennoch verständlich sind. Urmila Goel schrieb beispielsweise schon Jahre vor mir von „Westprivilegien“, was ebenfalls ein Begriff aus sozialen Kämpfen ist. Letztlich blieb ich bei Critical Westness, weil ich ihn griffig fand und er gleichzeitig auch an andere Diskurse andockt und dadurch für manche Menschen zumindest verständlicher wird. Falls andere Menschen hier gute Ideen haben, immer gerne. Ich klebe nicht an dem Begriff.

Es braucht das, was Katharina Warda am Ende beschreibt: ein Sprechen, das den Ambivalenzen der Geschichte und der Erfahrungen gerecht wird. Und einen selbstkritischen Austausch – sowohl in Ost als auch in West. Bei meinem Artikel war der Fokus eher, den Spiegel auf den Westen zurückzulenken.

LaG: Wir möchten bei der Frage nach angemessenen Begrifflichkeiten bzw. Rhetoriken bleiben. Katharina Warda, Sie haben auf die Studie „Ost-Migrantische Analogien“ des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) verwiesen, die 2019 erschienen ist, und in der es darum geht, nach Gemeinsamkeiten bzw. Über-

schneidungen hinsichtlich der Abwertungs- und Diskriminierungserfahrungen von Ostdeutschen einerseits und Migrant*innen andererseits zu fragen. Zudem haben Sie Dirk Oschmanns in diesem Jahr erschienenen Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ erwähnt, das momentan viel diskutiert wird, und in dem – wenn auch eher unsystematisch – Analogien gebildet werden, zum Beispiel zwischen globalen Formen der Ausbeutung und der Ausbeutung Ostdeutschlands oder zwischen kolonialen Traditionen des Othering und dem Othering Ostdeutschlands durch Westdeutschland. Um es kurz zu machen: Sie kritisieren, dass sich die Ansätze der Critical Westness und der Ost-migrantischen Analogien einer Rhetorik anderer sozialer Kämpfe bedienen (wir gehen davon aus, dass Sie vor allem anti-rassistische und dekoloniale Kämpfe meinen). Aber könnte man nicht auch argumentieren, dass diese Ansätze Versuche darstellen, soziale Kämpfe miteinander zu verbinden? In der Perspektive der Analogie „Ost-Migrantisch“ zum Beispiel gibt es ja durchaus Ansätze einer selbstbewussten Organisation junger migrantischer Ostdeutscher. Klar, auch wir sehen die Gefahr, dass Unterschiede gerade hinsichtlich der Positioniertheit innerhalb von jeweils spezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen eingeebnet oder ignoriert werden könnten. Dennoch: Haben nicht gerade die Übertragung und Anpassung bereits etablierter Begriffe und Konzepte das Potenzial, Irritationen auszulösen und bestenfalls etwas Gemeinsames zu erkennen bzw. zu benennen?

WARDA: Da würde ich zurückfragen: Wie sehr geht es denn in den aufgezählten Ansätzen um einen verbindenden Diskurs mit z.B. Antirassismus oder Antikolonialismus? Ich würde Critical Westness hier nicht so sehr in die Kritik nehmen. Meine Beanstandung richtete sich lediglich gegen den Begriff, der bewusst auf Critical Whiteness anspielt und sich dessen erkämpftem Standing bedient.

Was die anderen beiden Ansätze angeht, wird in unterschiedlichen Qualitäten mit konkreten Ausschlüssen gearbeitet. Wenn Dirk Oschmann den ostdeutschen Mann zur am meist diskriminierten Gruppe erhebt, dabei auf jegliche Intersektionen mit z. B. race, Klasse und sexueller Orientierung verzichtet, und dafür auch noch antikoloniale Verweise heranzieht, ist das für mich als Schwarze ostdeutsche Frau und Wissenschaftlerin ein rhetorischer Schlag ins Ge-

sicht und keine Verbindung gemeinsamer Kämpfe. Kulturelle Aneignung, also Kulturgüter minorisierter Gruppen für sich in Anspruch zu nehmen und dabei die Gruppen selbst auszuschließen, hat generell nichts mit gemeinsamen Kämpfen zu tun. Wenn weiße Ostdeutsche beanspruchen, aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft rassistisch diskriminiert zu werden, ist das kein Schulterschluss mit Betroffenen von Rassismus, ganz im Gegenteil.

Ost-Migrantische Analogien schreibt sich wenigstens auf die Fahnen, Anschlüsse zu finden. Meine Kritik richtet sich gegen das Forschungsdesign. Darin sollen zwei Gruppen gegenübergestellt werden, die so wenig wie möglich miteinander zu tun haben, laut Studienleiterin Naika Foroutan. Ostdeutsche auf der einen Seite, muslimische Migrant*innen auf der anderen. Das bekam viel Aufmerksamkeit in der Presse. Bloß manifestiert die Studie damit auf wissenschaftlicher Ebene den Mythos, alle Ostdeutschen seien weiß, und sie macht Ostdeutsche of Color bzw. Migrant*innen, die zum Beispiel aus Palästina in die DDR kamen oder im langen Sommer der Migration, unsichtbar. Das ist problematisch, gerade wenn es um Rassismus geht, und schließt sich einer langen Tradition der doppelten Unsichtbarkeit von Ostdeutschen mit Migrationsgeschichte an. Die Studie erntete auch viel Kritik von westdeutschen BPOCs, die sich in ihren Erfahrungen mit Rassismus relativiert gefühlt haben.

Die erstarkende Sichtbarkeit und Vernetzung von ostdeutschen BPOCs und Migrant*innen hat meiner Erfahrung nach nichts mit diesen Ansätzen zu tun – wie auch, wenn sie darin nicht einmal vorkommen. Vielmehr müssen sie und wir ständig an zwei Fronten gleichzeitig kämpfen, gegen das Othering von uns als Ostdeutsche und den Rassismus gegen uns in Ost- und Westdeutschland. Und dazu zähle ich auch die lange Tradition, im Sprechen über den Osten oder generell über Migration Ostdeutsche of Color und ostdeutsche Migrationsgeschichten unsichtbar zu machen. Zu dem Thema habe ich vor anderthalb Jahren einen Podcast herausgebracht, der viele starke Stimmen von Ost-BPOCs vereint und mit den halb scherzhaften Worten von Angelika Kim beginnt: „Ostdeutsch und of Color zu sein, bedeutet, seinen Peiniger permanent zu beschützen“. Ich finde es dennoch und gerade auch hinsichtlich Antirassismus sehr wichtig, das Othering Ostdeutschlands, die

Abwertungen und strukturellen Unterschiede zu benennen. Wie zuvor beschrieben ist das Othering des Ostens ein Werkzeug, mit dem wir Rassismus und rechte Gewalt in Deutschland verdrängen. Aber auch generell braucht es gute Ansätze, Abwertungsprozesse und Ungleichheiten hinsichtlich Ostdeutschlands sichtbar zu machen, und zwar in der gesamten Komplexität.

LaG: Sie haben beide bereits die Gefahren angesprochen, die in der Diskussion der Überschneidungen im Othering von Ostdeutschen und von Rassismus liegen. Und Sie haben argumentiert, dass es ein Verständnis von Rassismus braucht, wenn man die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zwischen Ostdeutschen und BPoCs bzw. Migrant*innen in den Blick bekommen will. Doch wie verhält es sich nun mit der Kolonisierungs-Analogie? Wir wollen Sie zunächst mit einem Foto konfrontieren: Auf dem Titelbild dieser Ausgabe ist eine Aktion der Kail-Werker*innen aus Bischofferode zu sehen, die 1993 mehrere Monate lang für den Erhalt ihres Werks und gegen die Abwicklungspolitik der Treuhandanstalt protestierten. Am 1. Mai 1993 führen die Kali-Werker*innen an die ehemalige innerdeutsche Grenze, sie bauten einen Zaun auf und hielten ein Transparent hoch, auf dem stand: „Achtung! Deutsche Kolonie, verwaltet durch die Treuhandanstalt der Bundesregierung“. Die Kolonisierungs-Analogie hatten die Kali-Werker*innen nicht erfunden, sie begleitete den Einigungsprozess von Anfang an. Vor allem in linken Milieus war sie als kritische Perspektive populär, aber sie zirkulierte auch in rechten Kreisen, hier allerdings in affirmativer Weise (tatsächlich gab es einige prominente Rechte, die eine neue Ostkolonisation forderten, da der real existierende Sozialismus die Menschen im Osten „verzwergt“ habe). Zudem ist die Kolonisierungs-Analogie bis heute im Umlauf: Dirk Oschmann benutzt sie in seinem neuen Buch, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, benutzte sie vor einigen Jahren, um die Dominanz westdeutscher Eliten in Ostdeutschland zu kritisieren, wir widmen ihr diese Ausgabe des LaG-Magazins. Wie erklären Sie sich die Langlebigkeit dieses Narrativs? Worin besteht sein Versprechen? Was sind seine Fallstricke?

SCHULZE: Ich glaube, das Framing als Kolonisierung erfüllt einige zentrale Bedürfnisse, die auch seine Langlebigkeit erklären. Unterschieden werden sollte aber zwischen einer eher privat-persönlichen Verwendung und einer analytischen Perspektive.

»Ich glaube, das Framing als Kolonisierung erfüllt einige zentrale Bedürfnisse, die auch seine Langlebigkeit erklären.«

Auf privat-persönlicher Ebene erfüllt der Begriff zuvorderst ein Bedürfnis emotionaler Befriedigung. Ich glaube, es ist ein greifbarer Begriff, der es einem persönlich ermöglicht, die oft auch ambivalenten, diffusen Erfahrungen und Erinnerungen irgendwie greifbar zu machen. So werden komplexe Gegebenheiten greifbar, erlebbar, und bis zu einem gewissen Teil auch besprechbar – auch wenn letzteres oft gar nicht gewollt ist, zumindest wenn es um die tatsächliche Komplexität geht. Der Rückgriff auf den Kolonialisierungsbegriff ermöglicht es, das Ganze auf persönlicher Ebene emotional zu befrieden.

Gleichzeitig bietet das Framing Entlastung. Ich glaube, mit dem Begriff verbindet sich auch eine gewisse Vorstellung, etwas sei im Prinzip über einen gekommen, es gibt diese fremde Macht, die über einen hereingebrochen ist. Das bietet dann eine vorzügliche Möglichkeit, polemisch gesagt, rumzuopfern. So ist es ein guter Anknüpfungspunkt an das, was Katharina Warda als diese sehr einseitige und ebenfalls ausgrenzende Opfererzählung beschrieben hat, die vieles ausblendet und zu einem gewissen Grad auch eine Art Privilegienschutz beinhaltet. Die ist und bleibt verlockend für viele Menschen.

Geradezu paradox ermöglicht das Framing aber gleichzeitig auch eine starke Widerstandserzählung. Man ist zwar auf der einen Seite Opfer, aber auf der anderen Seite auch eine Art David gegen Goliath. Wacker kämpft man gegen die Widrigkeiten, die einem widerfahren, und hat zumindest theoretisch die Möglichkeit, sich auch als Widerstandskämpfer*in zu inszenieren. Das lässt sich wunderbar politisch instrumentalisieren, wie es insbesondere ja die AfD in den letzten Jahren sehr intensiv und auch sehr erfolgreich macht. Gerade weil sie eben in dieser Schlichtheit verlockend ist, und das Ganze als Emotionsunternehmerin gut verkauft. Dieser Aspekt des Widerstands war auch für

gewerkschaftliche Kämpfe verlockend. Als tapferer Kalikumpel begriff man sich als Widerstand gegen das westdeutsche Kapital, das wie die Kolonialherren über einen gekommen ist und gegen das man sich heldenhaft wehrt. Für den gewerkschaftlichen Kampf, der auf derartige Erzählungen angewiesen ist, ist das Gold wert, auch wenn es in dem konkreten Fall nichts genützt hat. Ich habe einige Jahre nur wenige Kilometer von Bischofferode entfernt gearbeitet, und bis heute erscheint mir diese Erzählung und fast schon Mythologisierung noch relativ präsent.

Zu guter Letzt könnte man auch sagen, dass das Framing als Kolonie in gewisser Weise auch an ein (zumindest rhetorisches) Selbstverständnis der DDR anknüpft – die (vermeintliche) Solidarität mit den Unterdrückten dieser Welt. Ein Kolonialisierungsnarrativ ermöglicht es einem, sich im Prinzip mit den ehemaligen realen Kolonien und den dortigen Menschen zu vergeschwistern. Früher schrieb man Briefchen und beschwor die Völkerfreundschaft, heute war man ebenfalls Opfer des bösen Westimperiums. Das hilft dann zugleich dabei, den Hinweis auf rassistische Kontinuitäten abzuwehren, immerhin sei man ja im Prinzip genauso Kolonialopfer!

»Das Framing als Kolonie knüpft in gewisser Weise auch an ein (zumindest rhetorisches) Selbstverständnis der DDR an – die (vermeintliche) Solidarität mit den Unterdrückten dieser Welt.«

Der Reiz der Erzählung erschließt sich mir auf emotionaler und persönlicher Ebene. Ich glaube, er ist für eine ostdeutsch-weiße Person wie mich auf eine gewisse Weise verlockend und entlastend. Dennoch wollte ich mir diese Erzählung nicht zu eigen machen.

Die Langlebigkeit und Verlockung des Begriffs auf einer analytischen Ebene verstehe ich auch zum Teil. Ich glaube schon, dass viele der Aspekte eines Kolonialisierungsbegriffs zu einem gewissen Grad auch Anknüpfungspunkte für Erklärungen für das Ende der DDR und die Post-Wende-Zeit bieten. Aspekte wie die Expansion und Erschließung neuer Absatzmärkte, Aspekte von kultureller und politischer Dominanz, der Nutzen vor allem für einen Teil, Themen wie Elitentransfer und -dominanz auch nach Jahrzehnten. Auch das Prozesshafte und Dynamische und die historischen Kontinuitäten.

Aber gerade, weil er so verlockend erscheint, ist es umso wichtiger, auch die genauen Gegebenheiten und den Kontext kritisch zu reflektieren. Und dann sollte deutlich werden, dass es eben doch eine ganze Reihe von Fallstricken gibt. So fehlt mir hier ein Bewusstsein für die Gewaltförmigkeit des historischen Kolonialismus. Zweifelsohne haben Menschen in Ostdeutschland teilweise in der Transformation und darüber hinaus auch krasse Erfahrungen gemacht, aber die sind in meinen Augen kaum vergleichbar mit der realen Gewaltförmigkeit, die im historischen Kolonialismus zentral war. Jetzt könnte man sicherlich einwenden, dass auch nicht jede Kolonie nur mit reinster Gewalt verbunden war, aber die Zentralität dieser, oder zumindest der Androhung dieser, erscheint mir doch auf einem anderen Level. Gleichzeitig muss der historische Kolonialismus immer auch eng in seiner Verknüpfung mit Rassismen gesehen werden. Bei einer Form von vulgärkolonialistischer Verwendung in der Ost-West-Debatte geht mir das zu sehr unter. Zweifelsohne spielen Rassismen auch eine große Rolle in der Wiedervereinigung und in der Zeit seitdem, allerdings auf eine ganz andere Art und Weise, und sicher nicht gegen die weiß-ostdeutsche Dominanzgesellschaft.

Ein weiterer Fallstrick ist die Ausblendung der demokratischen Prozesse der Wiedervereinigung und danach. Klar, man kann viel Kritik üben an der Pfadabhängigkeit und schierem politischen Dominanz und Ignoranz westdeutscher Politiker*innen, sollte aber doch zugeben, dass es sich hier um einen demokratischen Prozess handelte, der auch immer wieder in Ostdeutschland in Wahlen etc. legitimiert wurde. Aus „Wir sind das Volk“ und dem Wunsch eines demokratischen Aufbruchs (vielleicht auch in einer weiter existierenden DDR) wurde eben doch mehrheitlich „Wir sind ein Volk“ und die Wahl der entsprechenden Parteien des Westens. Im Kolonialframing geht das aber schnell unter.

Zu guter Letzt erscheint mir das Kolonialismusframing auch in intellektuell-analytischen Debatten oftmals zu wenig machtkritisch denkend. Die Verwobenheiten mit anderen gesellschaftlichen Machtstrukturen könnte man da sicher unterbringen, aber ich sehe das oftmals nicht. Insgesamt gesehen habe ich also Zweifel, ob die Verwendung der Kolonisierungs-Analogie wirklich so sinnvoll ist. Auf persönlicher Ebene verstehe ich die Verlockung, und

sehe auch, wie man sie gut nutzen kann für sich selbst bzw. auch für die Instrumentalisierung für politische Kämpfe. Der Begriff ist für mich aber dennoch vor allem eine Art Erinnerungstheater, in der eine bestimmte Erzählung performt wird, die gleichzeitig aber zu einseitig ist und Komplexitäten ausblendet. Der tatsächlichen historischen Erfahrung wird das nicht gerecht, die notwendigen Debatten werden so zum Teil verhindert. Ich glaube, da lassen sich von klugen Köpfen hoffentlich doch andere Begriffe finden, die genauso oder besser geeignet wären.

Gleichwohl sei hinzugefügt, dass mir wiederum die Verwendung postkolonialer Theorieansätze auch interessant erscheint. Nicht, weil Ostdeutschland eine Kolonie war, aber weil derartige Theorieansätze bestimmte Themen aufgreifen, über die man zumindest diskutieren sollte. Das Verhältnis von Zentrum und Peripherie, Fragen von Machtstrukturen und ihrer Verwobenheit, Dominanzverhältnisse etc. Da muss dann aber sehr stark auf den jeweiligen Kontext geschaut werden, um pauschale Gleichsetzungen zu verhindern.

WARDA: Wie man vor dem Hintergrund meiner vorherigen Argumentation vielleicht erahnen kann, lehne ich den Kolonialisierungsvergleich entschieden ab. Diese Entscheidung war aber nicht immer so. Als ich das erste Mal davon gehört hatte, konnte ich, ähnlich wie Heiner Schulze es beschreibt, emotional den Reiz des Vergleichs nachvollziehen. Damals hatte ich es als rhetorische Übertreibung humoristisch abgetan. Vor allem, da der Kolonialisierungsvergleich zeitweilig in analytischen Diskursen keine große Rolle mehr spielte, soweit ich das beobachtet habe. Und im Fall der Kumpel liest sich der Vergleich für mich eher wie eine Art Verzweiflung und damit auch als eine rhetorische Überspitzung für einen sonst wahrscheinlich unterstützenswerten Kampf. Nun erlebt der Kolonialisierungsdiskurs aber in den letzten Jahren auch auf analytischer Ebene wieder eine sehr erfolgreiche Konjunktur. Und das halte ich für mindestens problematisch, wenn nicht sogar gefährlich und argumentativ für schlichtweg falsch. Kolonialismus war und ist ein hoch produktives Ausbeutungssystem, in dem Menschen in Rassen unterteilt und entlang dieser rassistischen Grenzen über z.T. Generationen hinweg unterdrückt, beraubt, ausgebeutet und ermordet werden. Kolonialismus kann sehr unterschiedliche Formen

annehmen. In manchen ist die Gewaltförmigkeit der Kolonialisierung sichtbar, in manchen subtiler. In keinem mir bekannten Fall sprechen wir jedoch von Kolonialisierung, in der die vermeintlichen „Kolonialherren“ mit überwältigender Mehrheit, in freien Stücken, durch demokratische Wahlen und entgegen anderer Alternativen in ihre politischen Ämter gewählt wurden. Mir fehlt dieser Aspekt und der Sinn für Verantwortung gegenüber „dem eigenen“ Tun generell oft im Sprechen über die Wende – auch jenseits von Kolonialisierungsdiskursen.

Genauso wird viel zu wenig besprochen, wie unterschiedlich die Ostdeutschen die Wende erlebt haben. Nicht alle waren von Arbeitslosigkeit betroffen, nicht alle mussten neue berufliche Lebenswege einschlagen, nicht wenige wollten raus aus ihren vorherigen Strukturen und haben neue Wege eingeschlagen, nicht wenige sind aufgestiegen, andere wiederum haben drastische Abstiege erlebt. Unterm Strich waren die biografischen Verläufe eben unterschiedlich und haben zum Teil auch Möglichkeiten eröffnet. Auch das widerspricht einer Kolonialisierung. Es gibt noch viele Punkte, die gegen den Kolonialisierungsvergleich sprechen, z.B. die mangelnde Gewalt im Prozess der vermeintlichen Besetzung und die fehlenden Rassifizierungen.

Was ich aber am problematischsten finde, ist die Gleichzeitigkeit darin, sich eine Kolonialisierungserfahrung auf die Fahnen zu schreiben, dabei aber eine sehr weiße und auch anderweitig ausschließende Opfergruppe aufzumachen. Das hatte ich bereits zuvor schon beschrieben. Dass es so leicht für die extreme Rechte ist, diese Perspektive für sich selbst nutzbar zu machen, halte ich für keinen Zufall, sondern für einen Ausdruck der Problematik, die in diesem Ansatz steckt.

Umso mehr zeigt das aber auch, wie nötig eine konstruktive, verantwortungsbewusste und selbstreflektierte Auseinandersetzung unter Ostdeutschen hinsichtlich der eigenen Geschichte ist. Auch wenn ich den Kolonialisierungsvergleich ablehne, trifft das Gefühl dahinter von Othering und strukturellen Ungleichheiten in vielen Fällen auf reale Umstände. Genau das macht den Diskurs oft auch so schwierig. Über den Osten zu sprechen, empfinde ich meistens als Drahtseilakt, bei dem man aufpassen muss, nicht auf die

eine oder andere Seite zu kippen. Anstatt von Kolonialisierung zu sprechen, fände ich es viel produktiver, mit Blick auf die Vielstimmigkeit der Biografien über die Dynamiken des Kalten Krieges und über seinen Ausgang zu sprechen. Viele Diskurse über den Osten (und andere sozialistische Länder) stecken noch tief in Kalten-Krieg-Erzählweisen fest. Sei es, jeden einzelnen Ausdruck der DDR und seiner Bewohner*innen oder der Ostdeutschen pauschal zu verdammen, oder sei es, die DDR ostalgieisch gut zu reden, in einer Weise, wie sie es keinesfalls war. Und auch viele der kritikwürdigen Prozesse im Zuge der Wiedervereinigung lassen sich über die zum Teil ungleiche Auflösung des Kalten Krieges erklären. Auch der Wunsch, den Osten hinter sich zu lassen und im Westen aufzugehen, die großen rhetorischen Versprechungen der Zeit, die Machtdynamiken etc. Hier muss einfach Geschichte aufgearbeitet werden und das ist ein langwieriger und schmerzhafter Prozess. Wenn dieser aber konstruktiv bestritten wird, ist er umso heilsamer und bringt seine eigene Sprache hervor, die das Erlebte analytisch fassbar macht. Analytische Abkürzungen über die zum Teil Jahrhunderte lang bestrittenen Kämpfe anderer, wie den der Entkolonialisierung, können die eigene Pflicht der Aufarbeitung und die damit verbundene Stärkung nicht ersetzen.

LaG: Herzlichen Dank an Sie beide für das Gespräch!

LITERATUR



Schulze, Heiner: Critical Westness: Unsichtbare Normen und (west)deutsche Perspektiven, in: Ost | Journal H. 5/2019, URL: <https://web.archive.org/web/20220517052916/https://www.ost-journal.de/critical-westness-unsichtbare-normen-und-westdeutsche-perspektiven/> [14.06.2023].



Warda, Katharina: „Der Ort, aus dem ich komme, heißt Dunkeldeutschland“, in: Krautreporter, 01.10.2020, URL: https://krautreporter.de/3521-der-ort-aus-dem-ich-komme-heisst-dunkeldeutschland?shared=e4a3ad88-2275-47ea-b6d1-238a13ab05c1&utm_campaign=share-url-20009-article-3521 [21.06.2023].

Doppelt heimatlos? Re-Watch: „Bruderland ist abgebrannt“ (Dokumentarfilm von Angelika Nguyen)

Katharina Trittel

1989 hielten sich ca. 60.000 Vietnames*innen in der DDR auf. Als Vertragsarbeiter*innen per Regierungsabkommen aus dem „sozialistischen Bruderland“ angeworben, lebten sie in separaten Wohnheimen; die Kontakte zur Bevölkerung sollten auf ein Minimum reduziert werden. Sie sollten arbeiten – Teil der sozialistischen Gemeinschaft waren sie nicht.

»Sie sollten arbeiten – Teil der sozialistischen Gemeinschaft waren sie nicht.«

Nach dem Zusammenbruch der DDR blieben ca. 14.000 dieser Vertragsarbeiter*innen in Deutschland, obwohl sie überwiegend arbeitslos wurden. Da sie auf Grundlage von Staatsverträgen, die über Nacht ihre Gültigkeit verloren hatten, in Deutschland waren, lebten sie hier mit einem rechtlich weitgehend ungeklärten Status. Bis zum Auslaufen der nicht mehr gültigen Verträge durften diejenigen bleiben, welche die 1.600 US-Dollar „Abfahrtsprämie“ ablehnten, die bei einer Ausreise in bar ausgezahlt wurden. Wer blieb, war sozial oft isoliert und heftiger als zuvor rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Erst 1997 wurde ein Bleiberecht für die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen erstritten.

Die Situation dieser Menschen beschreibt der Film „Bruderland ist abgebrannt“ von Angelika Nguyen aus dem Jahr 1991. Nguyen ist Filmemacherin und Publizistin. Sie wurde als Tochter eines vietnamesischen Vaters und einer deutschen Mutter in Ost-Berlin geboren und wuchs in der DDR der 1960er und 1970er Jahre auf. Aufgrund ihrer Herkunft wurde sie bereits als Kind ausgegrenzt und angefeindet, wobei sie betont, dass diese rassistischen Erfahrungen nicht DDR-spezifisch seien. Als Nguyen nach Vietnames*innen suchte, die bereit waren, für ihren Film Auskunft zu geben, gereichte ihr, so berichtet sie im hörenswerten

Podcast „Projekt Umbruch: Das Erbe des Ostens“, ihre Herkunft erstmals zum Vorteil: Ihr wurde Vertrauen entgegengebracht und viele vietnamesische Interviewpartner*innen erzählten ihr ihre Geschichten.

Wie Max Frisch für die sogenannten Gastarbeiter Westdeutschlands, beschreibt es auch Nguyen: „Wir holten Gastarbeiter und es kamen Menschen.“ Wie Menschen behandelt wurden sie nicht. Nguyens Film berichtet von brutalen Überfällen, ausbleibenden juristischen Konsequenzen und ungeschriebenen Ausgangssperren: Viele Vietnames*innen mieden öffentliche Verkehrsmittel, gingen im Dunkeln nicht alleine auf die Straße und schliefen oftmals nach ihrer Schicht in den Betrieben, um sich auf dem nächtlichen Heimweg nicht der Gefahr eines Übergriffs auszusetzen.

Auch Angelika Nguyen macht doppelte Ausgrenzungserfahrungen: als Nicht-Weiße und als Ostdeutsche. In einem Gastbeitrag in der Zeit wirft sie die Frage auf, ob ihr zweifacher Migrationshintergrund sie „doppelt heimatlos“ mache: „Ich wurde als Ost-Deutsch-Vietnamesin immer wieder daran erinnert, dass ich irgendwie nicht dazu gehörte, obwohl ich genauso ein Ostbrot hätte sein können wie alle anderen. Die Erfahrung machte mich wachsamer. Und sie stand in absurdem Gegensatz zu den Solidaritätsbekundungen mit dem ‚tapfer kämpfenden vietnamesischen Volk‘ jener Zeit. [...] Es ist komplizierter mit dem Ossisein, wenn man auch noch einen nicht-weißen und nicht nur so einen gerade entdeckten Ossi-Migrationshintergrund hat. Die Grenzen verliefen und verlaufen ja nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch mittendrin“ (Nguyen 2018).

LITERATUR UND QUELLEN



#12 Das Erbe des Ostens. Gespräch mit Angelika Nguyen, Podcast vom 29.11.2021, URL: <https://projektumbruch.podigee.io/15-erbe-des-ostens> [14.06.2023].



Nguyen, Angelika: Bruderland ist abgebrannt, 1991, URL: <https://www.bpb.de/mediathek/video/317607/bruderland-ist-abgebrannt/> [14.06.2023].



Nguyen, Angelika: Doppelt heimatlos?, in: Zeit Online, 4.7.2018, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer/komplettaussicht> [14.06.2023].

Autor:in



Dr. Katharina Trittel ist Historikerin, leitende Redakteurin des Magazins „Lernen aus der Geschichte“ und verantwortlich für das zugehörige Webportal.

„Seine Geschichte‘ muss nur das unbekannte Wesen erzählen.“

Sabrina Pfefferle

Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme.

Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

„Ich schrieb bereits, dass die Wiedervereinigung natürlich keinen Akt des Kolonialismus darstellte. Interessant aber ist dennoch, sich die Überlegenheitsgefühle des Westens anzuschauen. Durch den Untergang des Kommunismus fühlte sich der Westen derart in seinem Sein und Wesen bestärkt, dass er glaubte, seine Mission bestehe nun folgerichtig darin, den Rest – oder wenigstens Ostdeutschland und Osteuropa – nach seinem Ebenbild zu formen.“ (102)



© C. H. Beck Verlag

Kann beim Transformationsprozess im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung – auch das schon ein programmatischer Begriff – von westdeutschem Kolonialismus gegenüber Ostdeutschland, genauer: den Ländern der ehemaligen DDR gesprochen werden? Diese Frage steht zwar nicht im Fokus von Ilko-Sascha Kowalczucs Buch „Die Übernahme“, jedoch kommt auch er nicht umhin, Stellung zu ihr zu beziehen. Interessanterweise erfolgt das zunächst in einer Eindeutigkeit, die im Fortgang dann wieder etwas entschärft wird. So schreibt Kowalczuk in der Einleitung, dass eine begriffliche Gleichsetzung mit den europäischen kolonialen Massenverbrechen vollständig falsch sei: „Wer dies tut, verharmlost und relativiert den europäischen Kolonialismus mit Abermillionen Toten“ (16). Doch liefert der Autor mit der oben zitierten Beobachtung westdeutscher Überlegenheitsgefühle, die in dem Glauben an eine Mission mündeten, „Ostdeutschland und Osteuropa nach seinem Ebenbild zu formen“ (103), zumindest implizit Anknüpfungspunkte für einen solchen Vergleich.

Kowalczuk verdeutlicht bereits zu Beginn zweierlei: zum einen, dass ein sinnvoller und produktiver Vergleich stets ein hohes Maß an Differenzierung benötigt. Zum anderen, dass auch die Reflexion der Genese eigener Positionen produktiv sein kann. Denn direkt nach der Wende machten sich dem Historiker vor allem jene verdächtig, die von „Kolonialismus“ sprachen, denn: „Welcher Kolonisierte hätte seine Kolonialherren schon mit freien demokratischen Wahlen selbst herbeigerufen?“ (15). In seinem 2019 erschienenen Buch ordnet Kowalczuk diese Wahlergebnisse dann rückblickend in ihren sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Kontext ein; seine Schlüsse daraus fallen vielschichtig aus.

»Ein sinnvoller und produktiver Vergleich benötigt ein hohes Maß an Differenzierung.«

Durch die Einordnung auf zwei (zeitliche) Ebenen zeigen sich die beiden offensichtlichsten Stärken des Buches: Einerseits die Genauigkeit in der Analyse historischer Ereignisse und Phänomene, bei der Interpretation ihrer Ursachen wie Folgen und bei den an sie angelegten theoretischen Konzepten. Andererseits erfolgt diese in dem Wissen darum, dass solche Einordnungen immer aus einer bestimmten Perspektive erfolgen und sie sich wandeln können.

Kowalczuk liefert eine Gesamtschau der Ereignisse während und im Besonderen nach dem Beitritt der DDR zur BRD. Dies geschieht in zwölf Kapiteln, die sich in drei Bereiche untergliedern lassen: Kowalczuk beginnt mit einer historischen Rückblende. In dieser untersucht er die Revolution 1989, das Übergangsjahr 1990 und den Beitritt der DDR in die BRD. Darauf aufbauend analysiert er in vier weiteren Kapiteln das Verhältnis zwischen Ost und West im Rahmen des deutsch-deutschen Transformationsprozesses, für den er den Begriff „Übernahme“ verwendet. Er fokussiert hierbei auf vier Bereiche: Die sozial-psychologische Dimension mit Blick auf „die Konstruktion ‚des Ostdeutschen‘“, die „wirtschaftliche Übernahme“, „die soziale Katastrophe“ und die „kulturelle Hegemonie“. Ein eher separat stehendes Kapitel widmet sich dem Umgang mit der Stasi nach 1990 und der Aufarbeitung dieses wichtigen Aspekts der DDR-Geschichte. Im dritten Bereich, den letzten drei Kapiteln des Buches, beleuchtet Kowalczuk aktuelle Diskursfelder: Er beschreibt zentrale gesellschaftliche Problemfelder in Ost-, sowie am Rande in West-Deutschland,

und die Art sowie die Bedingungen des Diskurses um „den Osten“ und wirft einen Blick auf sich abzeichnende zukünftige Spannungsfelder und Entwicklungen.

SYMBOLISCHE AKTE UND FEHLER IM ÜBERGANG

Das Buch führt die Leser*innen in die historischen Ereignisse rund um den Beitritt der DDR zur BRD ein. Hier gelingt es Kowalczuk, die Vielschichtigkeit des Transformationsprozesses und seiner Akteur*innen, die ihm vorangehenden Erwartungen und Hoffnungen sowie erste Enttäuschungen ausdifferenzieren. Gerade Versäumnisse während der ersten Monate nach dem Beitritt stellen „Fehler im Übergang“ dar: „Es gab keinen Vertrauensverlust in Demokratie, Freiheit, Politik und Politikerinnen und Politiker nach 1990. Das Besondere an den ersten Monaten nach dem Mauerfall bestand darin, dass sich ein solches Vertrauen überhaupt erst hätte aufbauen müssen“ (219). Dabei gelingt es dem Autor, mit einer ausführlichen Beschreibung der Beitrittsverhandlungen im Februar 1990 das Verhältnis zwischen West und Ost an einem konkreten Ereignis greifbar zu machen und mit Wahrnehmungen damaliger Beteiligter anzureichern. So hielt der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble beispielsweise im Rückblick fest, dass die Entsandten der DDR-Regierung „ganz bewusst kühl und distanziert“ empfangen worden seien, „um der Ablehnung ihrer Forderungen nach Soforthilfen auch so Ausdruck zu geben“ (67). Kowalczuk bewertet diese Begründungen als „merkwürdig“, „denn die politische Ablehnung einer Bitte [...] erfordert nicht automatisch die Herabwürdigung“ (67). Kowalczuks Beobachtung der westdeutschen Arroganz wird so an ein konkretes Beispiel angebunden.

Im Kontext des verfassungsrechtlichen Umgangs mit der deutsch-deutschen Einigung betont Kowalczuk – sehr wohl unter Nennung damit konfligierender Einschätzungen – die symbolische Dimension der Schaffung einer neuen, gemeinsamen Verfassung. Mit ihr hätten die Westdeutschen verstehen können, „dass auch die alte BRD, das Nachkriegsprovisorium, in eine neue Zeit überführt werden“ hätte müssen (77). Stattdessen, so beschreibt der Autor, wurden die westdeutschen Verhältnisse durch den Beitritt zementiert.

KONSTRUKTION „DES OSTDEUTSCHEN“

Kowalczyk untersucht das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland auch auf sozial-psychologischer Ebene, indem er die Frage aufwirft, wer eigentlich ostdeutsch sei. Für ihn ist das Vorhandensein entsprechender „Erfahrungsräume“ (85) entscheidend – gleichzeitig spricht er von einer ostdeutschen Identität als „Konstruktion“ (86): „[A]lle erfanden sie ‚die Ostdeutschen‘“ (87). In diesem Spannungsverhältnis zwischen erlebter Realität der eigenen Lebensgeschichte und von anderen aufgezwängter Identität verortet der Autor die Konstruktion „der Ostdeutschen“. Zudem betont er die Hierarchisierung zwischen West- und Ostdeutschen entlang eines Machtgefälles: „Zum ‚Wessi‘ wurde man nur woanders, im Osten. Der Ossi hingegen ist immer Ossi, egal wo und in welcher Konstellation“ (94). Der Befund, dass die eigene Geschichte „nur das unbekannte Wesen erzählen [muss]“ (95), verweist auf zentrale Mechanismen des Othering: Die diskriminierte Gruppe wird zum „Anderen“, zum „Betrachteten“ gemacht, zu derjenigen, die sich erklären muss. Eine Betrachtungsweise, die dazu einlädt, die Erfahrungen Ostdeutscher auch mithilfe des begrifflichen Instrumentariums der Diskriminierungs- und Rassismusforschung zu untersuchen.

»Zum 'Wessi' wurde man nur woanders, im Osten. Der Ossi hingegen ist immer Ossi, egal wo und in welcher Konstellation.«

VERSCHRÄNKUNGEN ALS AUSGANGSPUNKT

Verschränkungen sind für Kowalczyk ein wichtiges Instrument: Zum einen verschränkt er die Erzählung eines Einzelfalls als (auto)biografische Geschichte mit der Beschreibung der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Zum anderen verschränkt er die Methodik der historischen Rekonstruktion mit Hilfe von Quellenmaterial mit analytisch-deduktiven Methoden, um den Gegenstand möglichst vielschichtig erfassen zu können. Es ist die Art, wie der Autor ebendiese Verschränkungen vornimmt, die es den Leser*innen ermöglicht, die komplexen Bedingungen und Prozesse, die den Beitritt der DDR zur BRD formten, nachzuvollziehen – und so auch die Genese heutiger Problem- und Spannungsfelder. Zu ihnen zählt Kowalczyk vor allem nach wie vor das Verhältnis zwischen Ost und West, das durch einen Mangel an Verständnis und durch Stereo-

typisierungen gekennzeichnet sei: „Fehlende Anerkennung [...] ist vielleicht die am meisten unterschätzte Erscheinung, jedenfalls in Deutschland. Anerkennung und Missachtung gehen Hand in Hand. Fehlt Anerkennung, wird das als Missachtung wahrgenommen. Anerkennung stellt eine Bedingung für Selbstanerkennung dar. Fehlende Anerkennung und wahrgenommene Missachtung können in Gewalt münden“ (271).

Fazit: Kowalczyk, der den auch bezüglich der Frage, ob „der Westen“ „den Osten“ kolonisiert habe, wichtigen Begriff „Übernahme“ geprägt hat, beschreibt in seinem Standardwerk ausführlich die mit ihm bezeichneten Prozesse und Folgen. Durch die erwähnten Verschränkungen tut er dies multiperspektivisch und detailliert. Er möchte Ostdeutschland als „Modell und Labor“ (285) der Demokratie betrachtet wissen und hofft, dass es noch möglich sei, „Ostdeutschland zu retten“ (285): Letztere Aussicht, so bevormundend und pathetisch sie auch formuliert sein mag, ist ein Aufruf zur politischen und zivilgesellschaftlichen Mitgestaltung. Dass es ein Bedürfnis danach gibt, zeigt sich gerade in den aktuellen Debatten.

Autor:in



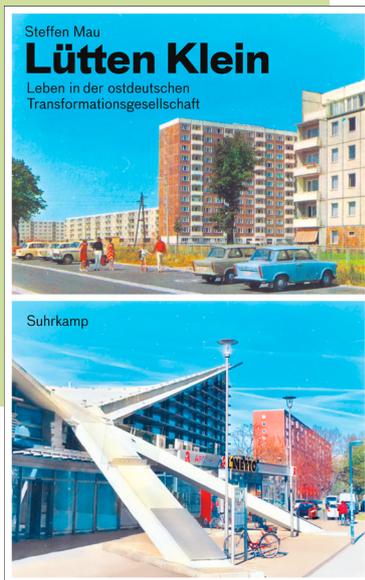
Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins.

Frakturen in Lütten Klein

Katharina Trittel

Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019.

„Mit ‚Transformationsgesellschaft Ostdeutschland‘ ist kein Übergang von einem Anfangs- zu einem Endzustand gemeint, sondern eine andauernde Restrukturierung und Veränderung. [...] Dieses Doppelbild der Entwicklung verweist auf das Nebeneinander von Einheits-erfolgen und Scheitern, von Gewinnen und Verlusten, von Hoffnung und Enttäuschung, von Eingewöhnung und Entfremdung. Die Bilanz der Einheit ist nicht nur durchwachsen, sie ist auch durch und durch widersprüchlich.“ (9)



© Suhrkamp Verlag

Um die Widersprüche und Bruchlinien des Transformationsprozesses und der ostdeutschen Gesellschaft fassen zu können, wählt der Soziologe Steffen Mau als analytischen Begriff den aus der Medizin entlehnten Ausdruck „Frakturen“. Darunter versteht er „Brüche des gesellschaftlichen Zusammenhangs [...], die zu Fehlstellungen führen können“. Und mehr noch: Eine „frakturierte Gesellschaft“ – so Maus Kernthese – verliere an „Robustheit und Flexibilität, auch wenn oberflächlich alles in Ordnung scheint. Durch Frakturen können die Belastbarkeit, die Beweglichkeit und die Anpassungsfähigkeit eines gesellschaftlichen Gebildes noch über lange Zeiträume eingeschränkt bleiben. Das erklärt auch die erhebliche Unzufriedenheit, während es gleichzeitig viele positiv zu bewertende Entwicklungen gibt“ (10).

Mit dieser These widerspricht Mau der modernisierungstheoretischen Annahme, dass es friktionslose Modernisierungsprozesse oder eine sukzessive Normalisierung der deutsch-deutschen Verhältnisse geben könne. Stattdessen betont er „strukturelle Brüche im ostdeutschen Entwicklungspfad“. Zwar negiert Mau nicht die Transformationser-

folge, doch beobachtet er eine spezifische Form der „ostdeutschen Sozialität“, die sowohl in sozialstrukturellen als auch in mentalen Gemengelagen wurzele und in der „neben langsam steigender Zufriedenheit auch Gefühle der Benachteiligung und der politischen Entfremdung wachsen, die mehr sind als ein nicht enden wollendes Murren einiger Ewiggestriger“ (11).

»Es wachsen neben langsam steigender Zufriedenheit auch Gefühle der Benachteiligung und der politischen Entfremdung, die mehr sind als ein nicht enden wollendes Murren einiger Ewig-gestriger.«

Maus Analyse gewinnt an Gehalt und Anschaulichkeit, weil er seine soziologischen Befunde an einen konkreten Ort rückbindet, an dem er selbst Akteur der beschriebenen Prozesse ist, an den Ort seines Aufwachsens: den Rostocker Stadtteil Lütten Klein, der sein „Fenster zur Beobachtung des sozialen Wandels in Ostdeutschland“ ist, ein „Erfahrungsraum“, der „Zugang zum Erleben aus erster Hand [ermöglicht], alle Risiken der Zeitzeugenschaft, der Subjektivität und der Verwendung des Wörtchens ‚ich‘ inklusive“ (17).

Um die von ihm diagnostizierten Frakturen soziologisch zu beschreiben, ist das Buch in zwei Teile unterteilt: Mau skizziert zunächst wesentliche Grundformationen der DDR-Gesellschaft (insbesondere ihre soziale Nivelliertheit und gleichzeitige Formiertheit) und anschließend die Transformationsprozesse, die – so seine These – bestehende Frakturen noch verstärkt und neue verursacht hätten. Dieser Gliederung folgend stellt Mau nicht nur unterschiedliche Perspektiven und Theorien vor, wie der Transformationsprozess bislang beschrieben wurde, sondern er skizziert vor allem detailliert die mentale, soziale und ökonomische Beschaffenheit der Gesellschaft, die Gegenstand seiner Betrachtung ist. Dabei berücksichtigt er stets mehrere Aspekte: das „lebensweltliche Gepäck und mentale Tradierungen, ökonomische Entsicherung und politische Integrationsdefizite“ (14).

KIPPPUNKTE

Plausibel zeigt Mau auf, dass Begriffe wie „Wende“ und „Systemwechsel“ den Moment der Diskontinuität betonen; damit verdeckten sie, wie eng das Vorher und das Nachher miteinander verbunden seien. Gleichwohl interes-

sieren ihn die Kippmomente des historischen Prozesses, beispielsweise die Zeitspanne, in der die bis dato dominierende Einschüchterung und Anpassung der Menschen bei den Montagsdemonstrationen in offenen Widerspruch umgeschlagen sei. Anschaulich schildert er einen solchen Kippmoment aus seiner persönlichen Perspektive als NVA-Soldat, der im Spätherbst 1989 auf einmal einen Soldatenrat mitgründete, der eine Lockerung der Regeln in der Kaserne forderte. Mau beschreibt auch, was auf die Kippunkte folgt; ihr Verhältnis zu den langsamen Verfalls- und Implosionsprozessen, zu den zähen politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen; mit welchen Fiktionen diese beladen waren, welche Ressourcen fehlten, um sie auf Augenhöhe gestalten zu können, und wie die anfängliche Mobilisierung rasch in Erstarrung mündete.

KOLONISIERUNG?

Schonungslos schildert Mau die Übernahmeprozesse des Westens in Ostdeutschland, etwa am Beispiel der Volkskammerwahl 1990, wo die im Osten nicht verwurzelten Volksparteien in einem Altersheim, in dem Mau arbeitete, Schokolade mit Parteilogo an Demente verteilt hätten, um so Wähler*innenstimmen zu gewinnen, ohne ihren inhaltlichen Kurs kenntlich zu machen. Solche Kapermanöver hätten die aufkeimende Demokratie in Ostdeutschland im Keim erstickt. Die verwendeten Synonyme für den von Ilko-Sascha Kowalczyk ausbuchstabierte Begriff der „Übernahme“ sind bei Mau vielfältig: „managerialer Ansatz“, „Subjektverlust“, „Einverleibung“, „Inkorporationsmodell“ oder „Landnahme“. Als zentrale Reaktion darauf beobachtet Mau eine ostdeutsche „Duldungsstarre“. Am Beispiel von Lütten Klein beschreibt er, was es für einzelne Individuen bedeutete, sich in einer grundlegenden wie andauernden gesellschaftlichen Transformation zurechtzufinden, die Nadel des inneren Kompasses ohne Ruhepol immer neu justieren zu müssen.

In den 1990er Jahren stimmten, so eine von Mau zitierte Umfrage, erhebliche Teile der ostdeutschen Bevölkerung der Aussage zu, die Westdeutschen hätten die DDR im Kolonialstil erobert. Zwar hält Mau den Kolonialisierungsvorwurf für „begrifflich irreführend und unlauter“ (159; unlauter deshalb, weil das Programm der Akteur*innen in

Wahlen immer wieder bestätigt worden sei), nennt gleichwohl zentrale Argumente, auf die sich der Vorwurf stützt: Erstens die These, „man habe der Beitrittsgesellschaft einfach das komplette institutionelle, politische und rechtliche Korsett übergestülpt“, zweitens die Lesart der „Liquidation“ der soziokulturellen Traditionsbestände der ehemaligen DDR, drittens die ökonomische Dominanz der Westdeutschen durch die Abwicklung der DDR-Wirtschaft (insbesondere durch die Treuhand, deren Schattenseiten bislang nicht ausreichend aufgearbeitet seien) und, viertens, das Argument, die Ostdeutschen hätten ihre politische Handlungsfähigkeit verloren und hätten dabei zusehen müssen, wie die Macht auf westdeutsche Akteur*innen verlagert wurde. Die ostdeutsche Teilgesellschaft habe sich zur „Hinnahmebereitschaft verdammt“ (159) gesehen. Aus Perspektive der Ostdeutschen seien die Westdeutschen als „Usurpatoren“ und „Besserwessis“ gekommen, welche die von den Ostdeutschen erlebten Erschütterungen nicht sehen konnten oder wollten, sondern nur den unflexiblen und undankbaren „Jammerossi“ (160).

»Aus Perspektive der Ostdeutschen seien die Westdeutschen als 'Usurpatoren' und 'Besserwessis' gekommen, welche die von den Ostdeutschen erlebten Erschütterungen nicht sehen konnten oder wollten, sondern nur den unflexiblen und undankbaren 'Jammerossi'.«

NATIONALISMUS UND RESENTIMENTS

Der zu einer Wiedervereinigung national aufgeladene Beitritt, so Maus These, berge eine Unternutzung des demokratischen Potenzials der friedlichen Protestbewegung und eine Übernutzung des nationalen Potenzials politischer Mobilisierung. Statt ostdeutsche Akteur*innen einzubeziehen und gemeinsam Regeln einer neuen Demokratie auszuhandeln, erfolgte lediglich ein Beitritt zu einem bestehenden Staat. Zwar sei die „Politisierung einer gemeinsamen nationalen Identität [...] eine wichtige Antriebskraft und Legitimationsquelle des Einigungsprozesses“ gewesen, doch habe diese „‘Rückkehr zur Nation‘ [...] die Ausbildung und Pflege einer speziellen ostdeutschen Identität [...] nicht vollständig verhindern“ können (254).

Die hier aufgeworfene Frage nach einer spezifisch ostdeutschen Mentalität ist auch verknüpft mit der typisierten Sozialfigur des „mittelalten ostdeutschen Mannes“, der in der

Argumentation von Dirk Oschmann eine wichtige Rolle spielt (Oschmann 2023) und von Moritz von Uslar porträtiert wurde (von Uslar 2010 und 2020). Oschmann stützt sich dabei auf die Ausführungen Maus zur statusbezogenen Deklassierung (Über- und Unterschichtung). Diese Theorie geht vereinfacht gesagt davon aus, dass Frauen eher statusaufwärts (hier: Männer aus dem Westen) heiraten würden, so dass eine relevante Gruppe Männer im Osten „zurückgelassen“ worden sei. Mau möchte diese Sozialfigur zwar nicht verallgemeinert wissen, konstatiert aber, dass sich hier eine „instabile, vielleicht sogar brüchige Lage“ (240) herausgebildet habe, die man ebenfalls als Fraktur bezeichnen könne. Sie gehöre zum Nährboden der rassistisch motivierten Pogrome am Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992, das nur einen Kilometer von Lütten Klein entfernt liegt.

»Die Frage nach einer spezifisch ostdeutschen Mentalität ist auch verknüpft mit der typisierten Sozialfigur des 'mittelalten ostdeutschen Mannes'.«

In seinem ehemaligen Kinderzimmer zieht Mau im Jahr 2018 sein Fazit. Obwohl er viele Argumente, die für eine Zurücksetzungsperspektive sprechen, ausbuchstabiert, greift diese laut Mau zu kurz: Sie könne die heute (noch) existierenden gesellschaftlichen Spannungen nicht erklären. Diese seien vielmehr Ausdruck gesellschaftlicher Frakturen, von denen viele bereits in der DDR-Gesellschaft angelegt gewesen wären und die im Zuge der gesellschaftlichen Transformation nicht geheilt, sondern häufig noch vertieft worden seien.

Fazit: „Lütten Klein“ von Steffen Mau bietet die Möglichkeit, zahlreiche auch kontrovers diskutierte Befunde zum Verhältnis von Ost und West empirisch gesättigt und im Detail nachzulesen. Insbesondere die Verbindung des wissenschaftlichen mit dem biografischen Zugang überzeugt; im zweiten Teil des Buches wäre sogar eine noch konkretere Anbindung an den sich verändernden Ort Lütten Klein und eine stärkere Einbettung der vor Ort geführten Interviews in die soziologischen Befunde wünschenswert gewesen.

LITERATUR



Oschmann, Dirk: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023.



von Uslar, Moritz: Deutschboden. Eine teilnehmende Beobachtung, Köln 2010.



von Uslar, Moritz: Nochmal Deutschboden. Meine Rückkehr in die brandenburgische Provinz, Köln 2020.

Autor:in



Dr. Katharina Trittel ist Historikerin, leitende Redakteurin des Magazins „Lernen aus der Geschichte“ und verantwortlich für das zugehörige Webportal.

„Meine Ossi-Werdung ist ein Prozess gewesen und ist es noch immer“

Sabrina Pfefferle

Valerie Schönian: Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die deutsche Einheit bedeutet, München 2020.

„Ostbewusstsein. Damit meine ich mehrere Dinge, bezogen auf Nachwendekinder. Erstens, die Bewusstwerdung – heißt: dass man sich darüber klar wird, aus dem Osten zu kommen, und auch darüber, dass das noch mit einem zu tun hat. Zweitens, das ostdeutsche Selbstbewusstsein – heißt: dass man damit überhaupt kein Problem hat. Drittens, eine Aufforderung, es ganz bewusst zu sein – heißt: dass man damit offen umgeht, sodass auch alle anderen merken, dass es überhaupt kein Problem ist.“ (143)



Valerie Schönian schreibt aus einer autobiografischen Position und inneren Haltung der Identifikation als Ostdeutsche, die sich – so legt sie in ihrem Buch ausführlich offen – allerdings erst entwickelt habe. Ein ostdeutsches Bewusstsein habe bei ihr nicht seit jeher bestanden, es sei nichts, das ihre Eltern ihr aufgezwängt hätten, oder das ihr in Ostdeutschland als vorherrschendes Identifikationsmuster vorgelebt worden sei. Im Gegenteil: Zur Ostdeutschen sei sie erst in Westdeutschland und in der Interaktion mit Westdeutschen geworden: „Ich habe mich nicht ostdeutsch gefühlt. Dann passierten ein paar Dinge, die das änderten“ (15).

Hierzu zählt die Diskussion mit einem Westdeutschen über die Wahlergebnisse am Abend des 13. März 2016, als die AfD mit 24,4% der Stimmen als zweitstärkste Kraft in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog. Dieser Moment, dieses Gespräch, dieser Gegenüber, habe sie zum „Ossi“ ge-

macht – in doppelter Hinsicht. In einem ersten Schritt als Fremdzuschreibung – so sprach ihr Gegenüber davon, dass der Versuch, als Erklärung für die Wahlergebnisse „jetzt einen ganzen Bogen bis zur DDR zurückzuschlagen [...] ‚Ossi-Gejammer‘“ sei (23). Und in einem zweiten Schritt als selbstbewusste Inanspruchnahme ihrer ostdeutschen Identität, die Schönian als „Ostbewusstsein“ bezeichnet. Solche Wechselwirkungen zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung sind in Schönians Buch ein zentrales Thema.

Doch vor allem eines legt die Autorin mit der anschaulichen Darstellung der Genese des eigenen Ostbewusstseins – beschrieben mit den Worten „Meine Ossi-Werdung ist ein Prozess gewesen und ist es noch immer“ (23) – offen: die Tatsache, dass diese Reaktion eine Selbstbehauptung ist, der eine zumindest gefühlte „Anders-Machung“ (Othering) zu Grunde liegt. Die Frage, ob es sich um eine tatsächliche, statistisch nachvollziehbare Nicht-Anerkennung, um Zurücksetzung oder Ausgrenzung handelt, ist hierbei nachrangig.

Dass sich die Reaktionen auf solche Erfahrungen verändert haben und sich auch zwischen Generationen unterscheiden, ist vermutlich ein Grund, wieso Schönian ihr Buch geschrieben hat – denn es stellt einen Akt der Selbstbehauptung dar. Die verschiedenen Reaktions- oder Umgangsformen sind zugleich Beobachtungsgegenstand der Autorin. So bestreitet Schönians Vater, dass die eigene ostdeutsche Identität noch eine Rolle spiele mit den Worten: „Heute ist das nur etwas Geografisches. Bei Ost und West kenne ich keine Unterschiede“ (32). Werde er jedoch mit gängigen Stereotypen konfrontiert, verändere sich diese „Rückzugsposition“ und münde in einer Gegenüberstellung zwischen dem Eigenen und dem Anderen. Er gerate dann in den „Die-Modus: Die da drüben, die Wessis, die anderen“ (35).

EINE REISE DURCH OSTDEUTSCHLAND

Das Gespräch mit ihren Eltern und ihrem Bruder stellt den persönlichen Ausgangspunkt des Buches dar, das fragt, was der Osten heute noch ist, wie er sich zeigt, und was er bedeutet. Die Autorin begibt sich auf der Suche nach Antworten auf eine Reise. Sie geht von ihrer eigenen Biografie

aus, und trifft auf Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, die in direktem oder indirektem Bezug zum Thema stehen. So diskutiert sie mit Philipp Amthor darüber, was Identität für den Politiker bedeute: Für ihn „etwas Zwiebelartiges [...] Jeder hat mehrere“ (101). Und mit der Autorin des Buches „Zonenkinder“ Jana Hensel darüber, was mit „den Ostdeutschen“ im heutigen Diskursfeld gemacht werde: „Wieder werden alle als homogene Gruppe betrachtet, die negativ belegt wird“ (62). Schönian wendet sich in diesen Gesprächen mit immer ähnlichen Fragen an ihre Gegenüber: Was heißt ostdeutsch? Gibt es das heute noch? Was wurde im Transformationsprozess versäumt? Was muss getan werden?

In seiner Repetitivität könnte dieses Vorgehen wenig fruchtbar sein, und tatsächlich fehlt dem Text eine gewisse Klarheit – vielleicht aber war Stringenz auch gar nicht die Absicht der Autorin. Anstatt eines systematischen Aufschlüsselns und Einordnens der zusammengetragenen und immer wieder reflektierten Positionen, erstellt die Autorin eine Collage ihrer Eindrücke. Sie entwirft ein Assoziationsfeld zu bestimmten Themen- und Diskursfeldern, das vor allem von ihren Gesprächen und Begegnungen lebt, die örtlich stark gebunden sind. Schönian besucht Städte im Osten, z.B. Görlitz und Jena, kleine Ortschaften wie etwa die Gemeinde Löwenberg in Brandenburg, und vermittelt ihre subjektiven Eindrücke dieser Orte, ihrer Bewohner*innen und Begegnungen. Dabei verbleibt sie nie in der Rolle der Beobachterin, sondern nimmt stets den Austausch in den Blick, die Frage danach, wie die Menschen vor Ort die Veränderungen seit der Wende wahrgenommen haben, wie sie heute auf die DDR zurückblicken – und was dieser (Rück)Blick mit heute zu tun hat.

SUBJEKTIVITÄT ALS STÄRKE

Kritisieren könnte man an diesem Vorgehen, dass insbesondere die Aufbereitung der empirischen Datenlage auf der Strecke bleibt, was die eher inputartige Rezeption statistischer Ergebnisse zeigt, die nicht eingebettet werden. Zudem geht mit der starken Subjektivität der Sprecherinnenposition und dem teilweise fast schon tagebuchartigen Stil des Buches eine gewählte Einseitigkeit einher: Der Blick der Autorin wendet sich ausschließlich in eine Rich-

tung. Diese Einseitigkeit sowie die starke Betonung der Unterschiedlichkeit von west- und ostdeutscher Herkunft, der die Autorin von Beginn ihres Textes an folgt, bergen die Gefahr, ebendiese Unterschiede zu reproduzieren. Das ist der Autorin bewusst, und sie thematisiert diese, in ihren unterschiedlichen Facetten, wiederholt: „Das Problem ist: Mit jedem *Wir* machst du ein *Ihr* auf“ (60).

Doch gerade in seiner Subjektivität und eindeutigen Perspektivität liegt auch die größte Stärke des Buches, da so die mit dem Thema verwobenen Spannungen besonders zu Tage treten. Es ist eine Innenperspektive, die nicht den Anspruch hat, ein objektives und distanzierendes Gesamtbild mit eindeutigen Konklusionen zu zeichnen. Vielmehr ist das Ziel, sichtbar zu machen, was vorhanden ist. So antwortet Schönians Gesprächspartnerin Jana Hensel auf die geäußerten Zweifel am eigenen Vorgehen in Richtung „Westen“: „Ich mache die Spaltung, die ihr tagtäglich produziert, nur sichtbar. Und warum mache ich sie sichtbar? Weil ich sie überwinden will. Ich habe gelernt, ich kann sie nicht überwinden, wenn ich sie ignoriere“ (60).

»In seiner Subjektivität und eindeutigen Perspektivität liegt die größte Stärke des Buches, da so die mit dem Thema verwobenen Spannungen besonders zu Tage treten.«

Fazit: Valerie Schönians Buch steht für eine jüngere ostdeutsche Generation, welche sich in einem aktiven (und diskursiven) Prozess der Identitätsaneignung mit ihrer Herkunft auseinandersetzt und diese selbstbewusst deutet.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins.

„Nazi-Scheiße. Wessi-Scheiße. Ossi-Scheiße.“

Katharina Trittel

Moritz von Uslar: Deutschboden. Eine teilnehmende Beobachtung, Köln 2010 und Nochmal Deutschboden. Meine Rückkehr in die brandenburgische Provinz, Köln 2020.

„Er [...] kam dem Reporter nun ganz nahe: ‚Weißt du, Moritz. Das mit dem Gemeinschaftsgefühl, das kriegst du aus uns Osis auch nicht mehr heraus. Das bleibt. Das steckt bei uns in den Genen. [...] ‚Ich sage immer: Setz acht Wessis an einen Tisch, da zahlt jeder seine eigene Rechnung. Setz acht Osis an einen Tisch, da zahlt einer alles, und beim nächsten Mal ist der Nächste dran.‘ [...] Ich ahnte, dass Heiko recht hatte. Ich konnte mir die beiden Tische vorstellen, den im Westen, den im Osten, und ich sah förmlich vor mir, wie die Männer am West-Tisch nach ihren Portemonnaies griffen, die in ihren Gesäßtaschen steckten, während am Ost-Tisch ein Mann die Hand hob und rief: Komm, ich mach das heute. Und während ich fand, dass Heiko recht hatte, und ich mich schon gut fühlen wollte bei dem Gedanken, dass Heiko recht hatte, fühlte ich mich plötzlich provoziert [...]. Ich fühlte mich als Westler von einem Ostler zur Verteidigung meiner West-Ehre herausgefordert“ (147).

Moritz von Uslar bleibt Geschmackssache. Seine populärarische Erzählweise scheint in die Jahre gekommen zu sein, ebenso wie seine an den New Journalism angelehnte Methode, derer er sich bei „Deutschboden“ und „Nochmal Deutschboden“ bedient.

Gleich zweimal hat der Journalist und Autor im Abstand von zehn Jahren den als „Oberhavel“ verfremdeten Ort Zehdenick, in dem er jeweils mehrere Monate lebte, zum Gegenstand einer, wie er selbst sagt, „teilnehmenden Beobachtung“ gemacht. Herausgekommen sind eigentlich keine Bücher über die (ehemalige) DDR, sondern eine Milieustudie und schräge Hommage an die Provinz, die hier im Osten liegt. Denn die Theke aus beigem Pressholz, an der von Uslar seinen Protagonisten bei Unmengen Bier näherkommt, „war der letzte für jeden sichtbare Hinweis darauf, dass die Gaststätte Schröder ein Lokal war, das

Moritz von Uslar
Deutschboden
Eine teilnehmende
Beobachtung

© KiWi Verlag

auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stand. Und selbst diese Theke hätte genauso gut in einer Stadt im Ruhrgebiet, in dem sich in den letzten Jahrzehnten nicht viel getan hatte, stehen können: in Essen, Gelsenkirchen“ (150).

Ob „Deutschboden“, diese „literarische Betrachtung deutscher Befindlichkeiten“, eines, wie die *Süddeutsche Zeitung* damals überschwänglich befand, „der besten Bücher über Deutschland nach der Wiedervereinigung“ (Kreye 2010) ist, wird jede*r Leser*in selbst beurteilen müssen. Eine Besonderheit ist unbestritten die Perspektive des Buches. Die Pose des Nicht-interessiert-Seins und dabei doch detailverliebten Beschreibens, die von Uslar auszeichnet. Sein Ziel: „Ich haue ab von hier, dorthin, wo kaum ein Mensch je vor uns war – nach Hardrockhausen, Osten, nordöstliche Richtung [...]. Dort suche ich mir einen Boxclub, trainiere mit, hänge rum und tue nichts, außer die ganze Zeit nur zuzuhören und zuzugucken, was passiert, und abends stelle ich mich dahin, wo der totale Blödsinn auferzählt wird, auf Parkplätze, an Tankstellen, in Pilslokale, und nebenbei erfahre ich alles über des Prolls reine Seele, über HartzIV, Nazirock, Deutschlands beste Biersorten und die Wurzel der Gegenwart“ (14).

Von Uslar kreist viel um sich selbst. Eine Stärke des Buches ist jedoch, dass er dieses Kreisen offenlegt und damit den westdeutschen Blick auf den Osten kenntlich macht, inklusive aller anfänglichen Zweifel, sich für das Projekt entschieden, das Sternerrestaurant gegen den Tresen in der Dorfkneipe eingetauscht zu haben. Er verschweigt die Unsicherheit des Reporters bei dessen Ankunft in der Kleinstadt nicht („so setzte ich nun, voller Eindrücke – die natürlich viel zu viele waren für die ersten zwanzig Kleinstadt-Minuten an einem helllichten Tag–, vorsichtig einen Fuß vor den anderen. Versuchte mitzuhalten, nicht hinzufallen, mich einzureihen in die Kleinstadt“, 55) und artikuliert seine Ost-West-Wahrnehmung: „Insgesamt, so mein Eindruck, war es eine Kleinstadt wie im Westen, bloß ganz anders – grauer, brauner, fieser, härter, geduckter, hinterückser, zwielichtiger, gemeiner“ (45). Die in dem Zitat zum

Ausdruck kommenden Zuschreibungen – und da schließt sich der Bogen zur Ost-West-Thematik – liegen allerdings genau darin begründet, dass von Uslar glaubt, jederzeit als „Wessi“ erkannt zu werden: „Es war ein Talent, ein Wesenszug der Bevölkerung der Bürgersteige in der Kleinstadt, dass sie mich, den Reporter, auf den ersten Blick als West-Menschen, Eindringling, potenziellen Störenfried, identifizierte“ (60).

Diese Beziehung in Schiefelage zwischen Ost und West, zwischen Provinz und Großstadt, zieht sich durch den gesamten Text: Moritz von Uslar bezeichnet sich immer wieder als „Wessi“ oder „Westmensch“ und wird von den Bewohnern der Kleinstadt als „Stadtmensch. Seine intellektuelle Heiligkeit. Seine intellektuelle Kleinigkeit“ (96) betitelt. Während von Uslar es genießt, freiwillig aus der Stadt nach Zehdenick gekommen zu sein, begreift er auch, dass der Weg in die andere Richtung aus vollkommen anderen Motivationen heraus erfolgt. „Ich bekam ein Provinz-Grusel-Frieren, und mir fiel ein, dass fast alle Bedienungen, Türsteher, sonstigen Fachkräfte aus den schicken Clubs und Restaurants in Berlin genau aus diesen Orten, der deutschen Provinz, kamen, und wie oft man von diesen Leuten gehört hatte, wie froh, regelrecht erlöst sie waren, der Enge ihrer Heimatstädte und Heimatdörfer entkommen zu sein und nun in der Großstadt leben zu dürfen. Logisch, der normale Mensch wollte weg von hier, raus aus der Kleinstadt, nichts wie in die große Stadt“ (141). Deshalb befand Andrian Kreye in der *Süddeutschen Zeitung* zu Recht, von Uslar beschreibe weniger ein Ost-West-Verhältnis, sondern vor allem einen „tiefe[n] Graben zwischen Bildungsbürgertum und Unterschicht“ (Kreye 2010).

»Diese Beziehung in Schiefelage zwischen Ost und West, zwischen Provinz und Großstadt, zieht sich durch den gesamten Text.«

Die von Moritz von Uslar porträtierte Sozialfigur des mittelalten ostdeutschen Mannes spielt in der aktuellen Debatte um „Frakturen“ der ostdeutschen Gesellschaft und Rechtsradikalismus eine zentrale Rolle. Sie zu porträtieren ist von Uslar in seiner Art der Beobachtung, die im wissenschaftlichen Sinne keine teilnehmende Beobachtung oder Feldforschung ist, sondern eher ein subjektiv festgehaltenes Mitschwimmen, Mitleben und Mittrinken, möglich, gleichwohl sie auch stark kritisiert wurde: als zu empathisch, distanzlos und Rechtsradikalismus gegenüber unkritisch (vgl. etwa Präkels 2017).

Moritz von Uslar
 Nochmal
 Deutschboden
 Meine Rückkehr in die
 brandenburgische
 Provinz

© KiWi Verlag

In der Beschreibung der Figuren, die in „Deutschboden“ die Vorbilder für die Sozialfigur vom „Superproll des Ostens“ liefern, steht deren „Ossi-Sein“ indes nicht im Zentrum. Der Autor beobachtet vor allem die Binnendifferenzierung der sozialen Gruppe, in der er sich bewegt: „Da waren wirklich alle Typen miteinander zugange, also Dauerblau mit Freitagabendblau mit Geradeausgelernt mit Alles-gehabt-alles-verloren mit Die-Geschäfte-laufen mit Noch-nie-gearbeitet mit Du-musst-ein-Schwein-sein mit Scheiß-Weiber-Scheiß-Politiker mit Ich-kenne-mich-aus-in-den-modernen-Zeiten mit Lass-mal-gut-sein-Alter“ (88). Auf der Suche nach dem „Gesicht des modernen

Unterschichtlers“ bricht von Uslar aber seine eigene klischeebehaftete Narration: „Der Reporter hatte zwischendrin überlegt [...], ob es das typische Prekarier-Gesicht gab. Dann wusste der Reporter sofort, auf und ab guckend, das Bier in der Hand: Gab es wohl nicht (bei dieser Fragestellung hatte ich jetzt komischerweise ein moralisches Problem, das war ja ganz widerlich)“ (88).

»Eine weitere Besonderheit der Bücher liegt darin, dass sie und ihre Rezeption selbst Teil der medialen Reflexionsgeschichte des Rechtsradikalismus im Osten sind.«

Eine weitere Besonderheit der Bücher liegt darin, dass sie und ihre Rezeption selbst Teil der medialen Reflexionsgeschichte des Rechtsradikalismus im Osten sind. Gerade „Nochmal Deutschboden“ wurde vorgeworfen, zu unkritisch mit den eigenen Figuren, zu männerlastig und zu unpolitisch zu sein. Denn zwischen 2010 und 2020, den Erscheinungsjahren der Bücher, gründete sich die AfD, rückte die auch in Zehdenick alltägliche Fremdenfeindlichkeit und der Rechtsradikalismus in den Fokus. Während von Uslar 2010 in „Deutschboden“ noch schrieb, Nazis fände er „wahnsinnig langweilig“ (22), eine Perspektive, die in der Rezeption des Buches nicht übermäßig delegitimiert wurde, erscheint es 2020 unzulässig, das Thema auszublenden (vgl. DLF 2020), denn der Gegenstand habe sich verändert: Das Klima habe sich mit der AfD verschärft, der Umgang miteinander sei auch in Zehdenick „härter und politischer geworden“.

Fazit: Von Uslar schreibt keinen Bericht einer Annäherung zwischen Ost und West und auch keine Bücher, die in didaktischer Absicht darauf hinauslaufen, Perspektiven und Urteile über „den Osten“ zu korrigieren. Doch dass er sie und ihre Grenzen beschreibt und reflektiert, ist eine Stärke der Bücher und Voraussetzung dafür, zu diskutieren, welche Veränderungen in der Gegenstandsbeschreibung und in der gesellschaftlichen Debatte in Bezug auf Rechtsradikalismus zwischen 2010 und 2020 stattgefunden haben. Moritz von Uslar bietet mit seinem Porträt somit eine Grundlage für kontroverse Diskussionen über die Facetten einer ostdeutschen Identität. Seine Herangehensweise ist nicht jedermanns Sache. Wer jedoch einen populärarisch colorierten, zwischen Belletristik, Reportage und subjektivem Erlebnisbericht changierenden Blick in die (hier ostdeutsche) Provinz werfen, dabei im Vergleich beider Bücher etwas über die (ausbleibende?) Veränderung dieses durchweg männlichen Blicks im Zeitverlauf lernen und sich an dessen Perspektive und Subjektivität reiben möchte, begeben sich auf „Deutschboden“ und „Nochmal Deutschboden“.

LITERATUR



Kreye, Andrian: Wo die wilden Kerle wohnen, in: Süddeutsche Zeitung, 5.10.2010.



Präkels, Manja: Echte Männer, geile Angst, in: Spiegel Online, 9.12.2017, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/moritz-von-uslars-roman-deutschboden-und-die-wirklichkeit-a-1182454.html> [14.06.2023].



„Der Umgang ist härter geworden“. Moritz von Uslar im Gespräch mit Joachim Scholl, in: DLF, 6.3.2020, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/moritz-von-uslar-ueber-sein-zweites-deutschboden-buch-der-100.html> [14.06.2023].

Autor:in



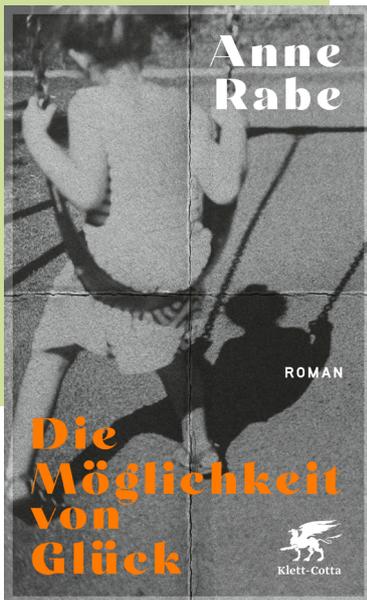
Dr. Katharina Trittel ist Historikerin, leitende Redakteurin des Magazins „Lernen aus der Geschichte“ und verantwortlich für das zugehörige Webportal.

„Wie wir gelernt haben, still zu sein.“

Katharina Trittel

Anne Rabe. Die Möglichkeit von Glück, Stuttgart 2023.

„Die Jugend der 2000er war ‚computersüchtig‘, ‚internetsüchtig‘, ‚handysüchtig‘. Sie war undiszipliniert und nicht leistungsbereit. Schlecht erzogen und verwöhnt. Wie jede Generation zuvor. Zu nichts mehr zu gebrauchen. Die Jugend der 2000er in Ostdeutschland war dagegen nicht verloren, nicht alleingelassen, nicht belogen und betrogen. Sie hatte es besser als ihre Eltern, oder nicht? Sie konnte die Welt bereisen, oder nicht? Konnte studieren, was werden, kein militärischer Drill mehr, keine Stasi, keine Westpakete.“ (264)



© Piper Verlag

Oder nicht!? Diese rhetorische Frage aus westdeutscher Erwachsenenperspektive, die bereits alle Vorurteile, Wertungen, impliziten Erwartungen und generationellen Friktionen enthält, zieht sich durch den Debütroman von Anne Rabe.

Stine, die Protagonistin des Buches, ebenso wie Anne Rabe in der DDR geboren und in der Nachwendezeit im Osten aufgewachsen – ein Kind der Baseballschlägerjahre –, wird permanent mit dieser Frage konfrontiert, macht sie zu ihrer eigenen Frage, stellt sie sich mit quälender Dringlichkeit und voller Zweifel daran, wie sie über sich selbst und ihre Familie urteilen kann und darf.

„Die Zeit, in die ich geboren wurde, ist das, was man heute eine historische Zäsur nennt. Alljährlich im Herbst laufen über die Bildschirme die glücklichen Bilder des Mauerfalls. Die Menschen, die sich in die Arme fallen und kaum fassen können, dass das, was da gerade passiert, wirklich geschieht. Auf ihren Gesichtern Erleichterung und die Möglichkeit von Glück. Ich denke jedes Mal, jetzt ist der Krieg vorbei“ (18).

Rabe erzählt in ihrem Debütroman von der „Möglichkeit von Glück“ und von Stines Suche nach diesem Glück – beziehungsweise seiner Abwesenheit. Sie spricht in einem klaren, berührenden, aber unsentimentalen Tonfall davon, welche vielschichtigen Erfahrungen Stine in ihrem Aufwachsen in einer zusammenbrechenden Gesellschaft macht; in einer Gesellschaft, die umgewälzt, zum Teil enturzelt erscheint, und zugleich durch tief verwurzelte Kontinuitäten geprägt ist. „Das neue Land schmeckte anders, aber die Regeln, denen wir uns unterzuordnen hatten, waren noch dieselben“ (28).

»Das neue Land schmeckte anders, aber die Regeln, denen wir uns unterzuordnen hatten, waren noch dieselben.«

Stine macht sich ihre Suche nicht leicht. Neben der individuellen politischen Schuld, die sie in der eigenen Familie erahnt, spürt sie auch eine generationelle Schuld, obwohl sie als Nachgeborene immer wieder – sehr zu ihrem Leidwesen – einem eigenen Urteil versucht auszuweichen. Doch sie spürt: „Hinter der wortschönen Mahnerei drei Keller tief Schweigen. Dort habt ihr eure Schuld verbuddelt und verbietet uns, sie auszuheben. Sprecht uns ab, dass wir zu unserem eigenen Urteil kommen. Was kümmert’s euch? Was geht’s euch an, was wir über euch denken?“ (110)

Rabe macht in ihrem Roman mit feinem Gespür eine Jugend erlebbar, die zwar dezidiert eine ostdeutsche Jugend ist und deshalb auch die Frage nach einer ostdeutschen Identität verhandelt, aber auch – und vielleicht sogar in erster Linie – familiäre Auseinandersetzungen beschreibt: das Schweigen, die für Stine omnipräsente Vergangenheit ihrer Familie, ihre Rolle in der nationalsozialistischen Diktatur ebenso wie die in der DDR. Aus einer Innenschau heraus beschreibt sie anhand dieser Aspekte die Grundlage, auf der Fragen, die Rabe am Herzen liegen („Warum der Osten anders tickt, anders wählt, rechter ist und gewalttätiger“, (20)) zu beantworten sind.

„Die Geschichte ist mir so nah, ich komme nicht von ihr los. Ich suche nach Bildern aus der Zeit, versuche zu verstehen, wie das war. Warum fasst es mich so an?“ (19) Diese Frage ist es, die Stine umtreibt. Sie möchte verstehen, was die Vergangenheit mit ihr zu tun hat; welchen Einfluss sie darauf hatte, dass sie geworden ist, wie sie ist. Dass sie von ihrer Herkunft nicht losgelassen wird und dass diese

Herkunft mehr ist als die Abstammung von einzelnen Menschen. „Meine Kindheit bleibt ein dunkler Traum, aus dem ich nicht aufwachen kann“ (77).

Schicht für Schicht wird Stine immer mehr als Kind der Baseballschlägerjahre erkennbar; sie legt frei, wie brutalisiert ihr Umfeld und die Gesellschaft waren, in der sie aufwuchs.

Für sie als Kind einer „elternlosen Generation“ oder „Generation der Unberatenen“, war Gewalt omnipräsent, in der Familie, der Erziehung, der Gesellschaft: Nach einem Amoklauf 2002 in Erfurt, verübt von jemandem, der zu viele Ballerspiele gesehen hat, wie die Erwachsenen glaubten oder glauben machen wollten (s. Eingangszitat), stellt Stine erschrocken fest: „Alle wussten einen, der einen Grund hatte zu schießen?

Das Unglück, das vom Himmel fiel, passte so perfekt in die Welt, in der ich lebte. Aber ich wusste nicht, wieso. Und es fiel uns gar nicht schwer zu schweigen, wenn Erwachsene es für angemessen hielten“ (271).

»Schicht für Schicht wird Stine immer mehr als Kind der Baseballschlägerjahre erkennbar; sie legt frei, wie brutalisiert ihr Umfeld und die Gesellschaft waren, in der sie aufwuchs.«

Und Stine versteht: Ihre (Gewalt)Geschichte ist unweigerlich mit der ihres Großvaters verschränkt. Der Großvater, der vor Stalingrad kämpfte, dessen Stasi-Akte nach der Wende auf einmal verschwunden ist, dessen Geschichte Stine in einer akribischen Archivrecherche beginnt zu rekonstruieren. Der Vater ihrer Mutter, die ungehemmt Gewalt gegen Stine auslebt. Den sie liebt, aber von dem sie zunehmend versteht, dass er überzeugter Teil der gewaltvollen Diktatur gewesen ist.

Fazit: Dass die „Möglichkeit von Glück“ gleichzeitig gesellschaftlich determiniert und eine ganz individuelle Frage ist und wie eng diese beiden Aspekte im Leben einer in Ostdeutschland Aufwachsenden miteinander verwoben sind, beschreibt Rabes Buch eindrücklich. Es zeigt auf unterschiedlichen Ebenen, was es bedeutet, eine „Zeitenwende“ zu erleben, die es ermöglichen soll, nach vorne zu schauen, was jedoch ohne den Blick zurück für Stine unmöglich ist. Gleichzeitig markiert der Titel die ungeheure Last, die die historische Konstellation bedeuten konnte. „Manchmal drohe ich zu verschwinden. Hinter den Geschichten der anderen, hinter den Dokumenten, hinter den Büchern, die sich wie eine Mauer auftürmen“ (153). Denn: „Die Möglich-

keit von Glück“ führt den Leser*innen vor Augen: „Das Unglück, das vom Himmel fiel, passte so perfekt in die Welt, in der ich lebte. Aber ich wusste nicht, wieso.“

Autor:in



Dr. Katharina Trittel ist Historikerin, leitende Redakteurin des Magazins „Lernen aus der Geschichte“ und verantwortlich für das zugehörige Webportal.

Impressum

Herausgeberin:



**AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK**

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Gefördert mit Mitteln des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und des Bundesministerium für Bildung und Forschung.



GEFÖRDERT VOM



Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.) und Sabrina Pfefferle;
Dr. Felix Axster und Dr. habil. Mathias Berek (für das FGZ)

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Korrektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst)

Titelbild: Bergarbeiter am Kaliwerk in Bischofferode
© Kali-Bergbaumuseum Bischofferode

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

